

Doppelhaushalt 2009/2010

- Einbringung am 16. September 2008 -

Oberbürgermeister
Dr. Dieter Salomon

Erster Bürgermeister
Otto Neideck

Rede
zur Einbringung
Doppelhaushalt 2009/2010
am 16. September 2008

Oberbürgermeister
Dr. Dieter Salomon

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bürgermeisteramt bringt heute den Entwurf des Doppelhaushalts 2009/2010 in den Gemeinderat ein. Noch nie in der jüngeren Stadtgeschichte hat die Verwaltung so früh einen Haushaltsentwurf vorgelegt wie dieses Mal. Der Doppelhaushalt wird in genau drei Monaten, am 16. Dezember, als Satzung verabschiedet werden. Wir wollen so Verlässlichkeit für die Stadtpolitik schaffen, indem wir möglichst früh zu Beginn des Haushaltsjahres 2009 auch über einen genehmigten Haushalt verfügen, dessen Positionen bewirtschaftet werden können. So sieht es übrigens auch die Gemeindehaushaltsverordnung vor. Es ist das Ziel des Bürgermeisteramts, dass wir uns auch in Zukunft um eine frühzeitige Einbringung und um eine Beschlussfassung bemühen, die möglichst vor oder unmittelbar zu Beginn der jeweiligen Laufzeit des Haushalts liegen wird.

Meine Damen und Herren, ehe ich – und anschließend auch Herr Neideck – den Entwurf für 2009/2010 mit seinen politischen Zielsetzungen vorstellen, darf ich daran erinnern,

- a) unter welchen Rahmenbedingungen wir den letzten Doppelhaushalt 2007/2008 aufgestellt und verabschiedet haben,
- b) welche Ziele wir damit verbunden haben, und wie weit wir diese Ziele auch erreicht haben, sowie
- c) wie sich die Finanzlage der Stadt tatsächlich entwickelt hat. Die heutigen Zahlen weichen erheblich von dem ab, was am 15. Mai 2007 als Satzung beschlossen worden ist.

Ich erwähne dies, weil ein Merkmal der Stadtpolitik Kontinuität heißt. Wir schreiben im wesentlichen unsere Ziele und die dafür notwendigen Instrumente fort. Um also mit dem Haushalt die Richtung festzulegen, wohin wir gehen wollen, ist es wichtig zu wissen, woher wir kommen.

Meine Damen und Herren, der laufende Doppelhaushalt hatte uns nach den schwierigen Jahren 2005 und 2006 erstmals eine erhebliche Entspannung ge-

bracht, die vor allem aus den Mehreinnahmen im Finanzausgleich, bei der Einkommensteuer und der Grundsteuer resultierten, letztere mit der politischen Zweckbindung der Schulsanierung. Diese Mehreinnahmen hatten uns in die Lage versetzt, Ihnen am 23. Januar 2007 einen Haushaltsentwurf für 2007 und 2008 vorzulegen,

- der über die Mindestzuführung hinaus eine nennenswerte Zuführung erwirtschaftete
- der ohne neue Schulden auskam, und
- der zum ersten Mal nach Jahren wieder nennenswerte Ansätze für Investitionen, vor allem für den Beginn der Schulsanierung, enthielt.

Zu diesem Rückblick auf den Haushalt 2007/2008 gehören allerdings auch folgende Feststellungen:

- Der verabschiedete Haushalt sah keine Nettotilgung vor, weil trotz der Einnahmeverbesserungen von außen zunächst dafür keine Spielräume gegeben waren.
- Die freie Rücklage war aufgezehrt – und sie erfüllt auch heute nur die Anforderungen an die gesetzliche Mindestrücklage.
- Der Einstieg in die dringend notwendige Schulsanierung war nur möglich geworden durch eine Erhöhung der Grundsteuer. Heute können wir feststellen, dass das politische Junktim, diese Mehreinnahmen in voller Höhe in die Schulsanierung zu investieren, erfüllt ist. Sogar übererfüllt, weil wir aufgrund der guten Einnahmeentwicklung deutlich mehr leisten konnten, als der Haushalt eigentlich vorgesehen hatte.
- Und schließlich gehört an diese Stelle die Feststellung, dass wir uns auch aus eigener Kraft geholfen haben. Ich nenne das Stichwort Verwaltungsreform. Im Laufe des jetzigen Doppelhaushalts sind allein bei den Personalkosten mehr als 30 Mio. Euro eingespart worden – das ist die Differenz zwischen den tatsächlichen Zahlen und dem Aufwand, den wir ohne Sparmaßnahmen finanzieren müssten. Wenn ich die Effekte aus der Verwaltungsreform noch hinzu addiere, durch Ämterzusammenlegungen, neue Organisationen und vieles andere mehr, sind die Beträge nochmals deutlich höher. Das zeigt, wie ernst wir diese Aufgabe

nehmen. Ich werde diesen Punkt an anderer Stelle ausführlicher darstellen, denn wir gehen diesen nicht immer einfachen Weg auch im neuen Haushalt weiter.

Meine Damen und Herren, diese Feststellungen sind Indikatoren dafür, dass der letzte Doppelhaushalt 2007/2008 zwar auf den ersten Blick ausbalanciert war, dass aber bei näherem Hinsehen diese Balance nur mit einer Rosskur zu erreichen war. Wir waren Ende 2006, Anfang 2007 dem finanziellen Kollaps nur knapp entkommen. Von einem gesunden Haushalt, der Investitionen und Substanzerhaltung möglich macht, waren wir aber noch weit entfernt. Deshalb hatte sich der Gemeinderat Ziele gesetzt, die mit einem Satz zu definieren sind:

Wir werden dafür sorgen, dass die Stadt nach Möglichkeit nie wieder in die Gefahr der Handlungsunfähigkeit gerät, wie dies 2005 und 2006 beinahe geschehen wäre.

Nämlich in eine Lage, nicht mehr die Pflichtaufgaben aus eigener Kraft leisten zu können, sondern nur um den Preis des Vermögensverzehrs. Nicht mehr investieren und sanieren zu können, sondern tatenlos zusehen zu müssen, wie städtisches Vermögen marode wird und an Wert verliert. Und schließlich beinahe die eigene Entscheidungsfreiheit an die Rechtsaufsicht, das Regierungspräsidium, zu verlieren, wie dies im 2. Halbjahr 2006 kurz bevor stand.

Dazu hat der Gemeinderat am 15. Mai 2007 für den laufenden Haushalt eine wichtige Grundsatzentscheidung getroffen: Nämlich ab sofort jede Mehreinnahme, die uns über die beschlossenen Ansätze hinaus zufließt, jeweils zur Hälfte in die Sanierung und den Erhalt städtischen Vermögens einerseits, sowie in die Schuldentilgung andererseits zu stecken. Und weiter: Fortan auf jede Neuverschuldung zu verzichten.

Dies erfordert Disziplin, standhaft zu bleiben gegenüber den Verlockungen von unerwarteten Einnahmen. Und es erfordert die politische Kraft, sich an diese Linie zu halten.

Tatsächlich hat sich die Einnahmesituation im letzten und in diesem Jahr deutlich günstiger entwickelt als wir am 15. Mai 2007 überhaupt erhoffen konnten. Wir haben mit diesen Mehreinnahmen viele wichtige Vorhaben realisieren können und sind vor allem im Schulsektor mit unserem Programm schneller

vorangekommen als angenommen. Und wir haben auf der anderen Seite zum ersten Mal nach 15 Jahren spürbar wieder Schulden tilgen können.

Dies bedeutet: Wir haben den Spagat geschafft, nämlich

- den Haushalt auszugleichen
- aus eigener Kraft – ohne Verschuldung - in die Infrastruktur zu investieren
- und Schulden zu tilgen.

Was bedeutet dies in der Gesamtbetrachtung? Finanziell steht die Stadt heute deutlich besser da als wir bei der Verabschiedung des letzten Haushalts annehmen konnten. Das Jahr 2007 war nach Rechnungsergebnis das mit Abstand beste Haushaltsjahr seit langem, und für 2008 erwarten wir im Rechnungsergebnis ebenfalls deutlich bessere Zahlen als nach den Haushaltsansätzen. Dies ist gelungen, weil uns zum einen die Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich und aus der Einkommensteuer zugute gekommen sind. Beides ist vor allem ein Ergebnis der guten konjunkturellen Entwicklung der letzten beiden Jahre. Endlich kommt der Ertrag dort an, wo die Infrastruktur bereitgestellt und nachhaltig zu sichern ist: Bei den Kommunen!

Dies ist aber vor allem auch gelungen, weil wir uns selbst diszipliniert haben, weil wir investiert statt konsumiert haben, und weil wir Schulden getilgt haben.

Meine Damen und Herren, die Beschlüsse vom 15. Mai 2007 haben eine Kehrtwende in der Stadtpolitik eingeleitet. Der Doppelhaushalt 2009/2010 wird diesen Kurs konsequent fortschreiben. Deshalb hält das Bürgermeisteramt mit dem Entwurf des Doppelhaushalts exakt an der Linie fest, die in den letzten zwei Jahren eingeleitet worden ist.

Um diesem Anspruch heute gerecht zu werden, ist der Entwurf des Doppelhaushalts durch drei nachhaltige Ziele gekennzeichnet:

- Sanieren
- Konsolidieren
- Investieren.

Sanieren bedeutet: Wir werden weiter den Anteil der konsumtiven Ausgaben am Gesamthaushalt senken. Dies betrifft in erster Linie den „Eigenverbrauch“

der Stadtverwaltung bei den Personal- und Sachkosten. Wir bleiben daher bei dem Kurs der Verwaltungsreform mit dem Ziel einer größeren Effizienz bei gleichzeitig weniger Personal. Neben den eigenen Ausgaben bleiben auch alle weiteren konsumtiven Ausgaben im Focus. Dies betrifft alle Zuschüsse und alle sonstigen freiwilligen Leistungen. Mit seinen bisherigen Beschlüssen hat der Gemeinderat bewiesen, dass er sich dieser Verantwortung bewusst ist.

Konsolidieren bedeutet: Wir werden weiterhin Schulden tilgen. Lassen Sie mich dazu nur drei Zahlen nennen: 2006 lag die Verschuldung bei 335,7 Mio. Euro. Ende dieses Jahres werden wir erstmals wieder seit rund 15 Jahren mit 299,9 Mio knapp unter die Grenze von 300 Mio. Euro Schulden kommen, wenn ich das Ausnahmejahr 2002 außer acht lasse, als aufgrund von mehreren Sonderfaktoren - badenova-Gründung und Rückflüsse aus der alten FEW sowie große Grundstücksverkäufe - der Schuldenstand einmalig auf 295 Mio. Euro gesunken war. Tatsächlich waren es aber auch damals 310 Mio. Euro, weil 15 Mio. Euro Kredite beim ZRF „ausgelagert“ waren. Sie erinnern sich: Im Jahre 2004 mussten wir diesen Betrag unter dem Stichwort „verdeckte Verschuldung“ auf Geheiß des Regierungspräsidiums in den städtischen Haushalt umbuchen.

Schaubild 1: Entwicklung des Schuldenstands 1990 - 2010

Im vorliegenden Entwurf setzen wir den begonnenen Weg der Sondertilgungen verstärkt fort. Für Ende 2010 sieht der Entwurf des neuen Haushalts eine Verschuldung von nur noch 259 Mio. Euro vor. Das entspricht etwa dem Schuldenstand Anfang der 90er Jahre, vom Haushaltsjahr 2010 zurückgeblickt, also vor genau 20 Jahren. Wir tilgen damit in nur vier Jahren ca. 75 Mio. Euro Schulden, ungefähr 20 Prozent unserer gesamten Schulden.

Wir werden dieses ehrgeizige Ziel aber nur dann erreichen, wenn wir Disziplin wahren und wenn wir vor unliebsamen Überraschungen – sprich: negativen Veränderungen von außen – verschont bleiben. Zusätzliche Belastungen könnten wir nur dadurch auffangen, indem wir die Schuldentilgung oder Investitionsmaßnahmen strecken.

Meine Damen und Herren, ich halte den Schuldenabbau in guten Zeiten für unabdingbar. Das Problem der immer höheren Verschuldung früherer Jahre resultiert ja daraus, dass man sich in schlechten Jahren verschuldet hat und in guten Jahren nicht die politische Kraft gefunden hat, sich wieder zu entschul-

den. Das Ergebnis sind die Schuldenberge bei Bund, Ländern und Kommunen. Damit muss Schluss sein, meine Damen und Herren!

Wir haben diesmal die guten Zeiten genutzt, damit wir in schlechteren Zeiten unsere Handlungsfähigkeit wahren können. Es darf nicht weiter geschehen, dass wir den kommenden Generationen die Lasten der Vergangenheit aufbürden. Zins und Tilgung blockieren uns ja nicht nur heute schon politisch im Haushalt. Sie engen ja auch in Zukunft die Handlungsspielräume ein. Deshalb ist ein Abbau der Schulden auch ein Signal für mehr Generationengerechtigkeit und für mehr Nachhaltigkeit im Haushalt. Der heute vorgelegte Entwurf für den Haushalt 2009/2010 orientiert sich strikt an dieser Philosophie.

Und schließlich: Investieren bedeutet, dass wir durch Sanierung dem massiven Wertverlust der städtischen Infrastruktur entgegenwirken, der durch eine unzureichende Finanzausstattung, aber auch durch falsche Schwerpunktsetzung in den letzten Jahrzehnten zumindest billigend in Kauf genommen wurde. Die Sanierung der Infrastruktur ist ein wichtiger Teil einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Dies betrifft in erster Linie die Schulen, aber auch Brücken und Straßen. Es ist in den letzten Jahren von allen Fraktionen im Gemeinderat immer wieder die Notwendigkeit der Schulsanierung betont worden. Nur war bis zum laufenden Doppelhaushalt das dafür nötige Geld nicht vorhanden. Wir haben letztes Jahr dann einen ernsthaften Einstieg geschafft und die ersten Maßnahmen begonnen, und zwar im Ergebnis doppelt so viel wie im Haushalt vorgesehen waren.

Am Rande sei erwähnt: Parallel zu diesem Haushalt bringt das Bürgermeisteramt heute auch mehrere Vorlagen ein, mit denen wir über diese Situation informieren und die notwendigen Beschlüsse beantragen, weil sie unmittelbare Auswirkungen auf den Haushalt haben.

Meine Damen und Herren, ich erwähne dies auch aus einem aktuellen Grund. Seit Ende 2006, vor allem aber seit 2007 erleben wir eine Phase des konjunkturellen Aufschwungs. Das Wirtschaftswachstum hat zu einem massiven Abbau der Arbeitslosigkeit geführt und für höhere Steuereinnahmen gesorgt.

Wir profitieren mehrfach von dieser Entwicklung: An erster Stelle im Finanzausgleich, besser bekannt als Schlüsselzuweisungen. Wir erwarten 2009 rund 162 Mio. Euro und 2010 168 Mio. Euro. Um die Dimension deutlich zu machen: Das ist mehr als doppelt soviel wie noch im Haushalt 2006 stand (81,9

Mio. Euro). Das ist, nachdem die Jahre zuvor von einem ständigen Rückgang der Steuerzuweisungen gekennzeichnet waren, der größte Anstieg, der in den letzten Jahrzehnten in so kurzer Zeit erfolgt ist.

Schaubild 2: Schlüsselzuweisungen und Finanzausgleichsumlage

Die gute Konjunktorentwicklung spiegelt sich auch in einer steigenden Einkommensteuer wieder. Sie spiegelt sich leider nicht in der Entwicklung der Gewerbesteuer wieder, was auch mit strukturellen Besonderheiten des Wirtschaftsstandorts Freiburg mit 80 Prozent Dienstleistungen erklärlich ist. Andere Städte rechnen bei der Gewerbesteuer mit zweistelligen Zuwachsraten, auf der Basis von absoluten Zahlen, die deutlich über unseren liegen. Herr Neideck wird diesen Part noch detailliert darstellen.

Auch in Freiburg haben in den vergangenen Jahren viele Menschen Arbeit gefunden, die vorher keine hatten. Es ist erfreulich, dass wir heute mit einer Quote von 6,9 Prozent Arbeitslosigkeit in Freiburg im Durchschnitt aller baden-württembergischen Stadtkreise stehen. Freiburg hat längst nicht mehr die „rote Laterne“ in der Arbeitsmarktstatistik. Von allen Stadtkreisen in Baden-Württemberg erlebten wir in Freiburg in den letzten 20 Jahren das stärkste Wachstum an neuen, zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Schaubilder 3 a/3 b: Arbeitslosenquote der Stadt sowie Ländervergleich

Am Konjunkturhimmel ziehen allerdings dunkle Wolken auf. Zwar gehen die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute nicht davon aus, dass Deutschland in eine Rezession gerät, aber das Wachstum der letzten drei Jahre wird sich spürbar verringern, und die Konjunktur wird sich entsprechend abkühlen. Das Statistische Bundesamt hat kürzlich für das 2. Quartal 2008 erstmals nach vier Jahren wieder einen Rückgang des Bruttoinlandprodukts gemeldet, um 0,5 Prozent. Dies wird mit zeitlichem Abstand nicht ohne Folgen sein für das gesamtstaatliche Steueraufkommen und damit für die städtischen Einnahmen. Die Ergebnisse der Steuerschätzung vom November werden noch vor Verabschiedung des Haushalts vorliegen. Es ist deshalb unabdingbar, dass wir in der Planungsphase des Doppelhaushaltes 2009/2010 die konjunkturellen Entwicklungen und alle steuerungsrelevanten Daten fest im Auge behalten.

Die Eckwerte des Haushalts wird Herr Neideck Ihnen noch im Detail vorstellen. Aber ich darf vorweg schicken: Die Situation ist für Freiburger Verhältnisse mehr als erfreulich. Die folgenden Eckwerte waren noch vor zwei Jahren beinahe unvorstellbar. Konkret: In beiden Haushaltsjahren wird die Zuführung

vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt rund 50 Mio. Euro über der Mindestzuführung liegen – 2009 knapp darunter, 2010 deutlich darüber. Wir werden in beiden Jahren jeweils 20 Mio. Euro Schulden tilgen und keinen Cent neue Schulden aufnehmen, und wir weisen in beiden Jahren eine Nettoinvestitionsrate aus – also die Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt, abzüglich der Tilgung – , die einmal über 45 Mio. Euro und einmal fast 50 Mio. Euro betragen wird. Das sind mehr als solide Zahlen. Bei dem Investitionsbedarf, den wir in den folgenden Jahren haben, bräuchten wir solche Haushalte aber sicher noch zehn oder fünfzehn Jahre.

Zur Erinnerung: 2004 und 2005 konnten wir überhaupt keine Zuführung erwirtschaften, im Gegenteil. Mit insgesamt 55 Mio. Euro mussten wir Löcher im Verwaltungshaushalt mit Ersatzdeckungsmitteln stopfen. Um es deutlicher zu sagen: Wir haben in großem Umfang Vermögen veräußert, um unsere notwendigsten laufenden Kosten bezahlen zu können. Das darf und es wird sich nicht wiederholen.

Eines kann man heute aber schon sagen: Wenn wir diesen Kurs halten, dann werden wir die kommende konjunkturelle Delle gut durchstehen, sofern es sich nur um eine Delle handelt und nicht um eine veritable Beule.

Politische Schwerpunkte des Doppelhaushalts 2009/2010

Ich möchte nach dem Rückblick auf die letzten zwei Jahre den Blick auf die Zukunft richten. Was wollen wir mit dem Doppelhaushalt erreichen? Die politische Aufgabe eines Haushalts ist es, politische Prioritäten zu setzen. Der Haushalt definiert in seinem Zahlenwerk die Ziele der Stadtpolitik, nicht nur für die kommenden zwei Jahre, sondern weit darüber hinaus, und er stellt die finanzpolitischen Instrumente dafür zur Verfügung. Deshalb ist der Haushalt neben dem reinen Zahlenwerk auch ein politisches Grundsatzprogramm.

Meine Damen und Herren, das Bürgermeisteramt legt Ihnen heute einen Haushaltsentwurf vor, dessen Schwerpunkte mit zwei Sätzen zu umreißen sind:

- Wir wollen eine nachhaltige Stadt werden, indem wir in eine soziale, kulturelle und ökologische Zukunft, in die Generation der jungen Menschen

investieren, mit intakten und innovativen Schulen, guter Bildung und Erziehung und mit einem glaubwürdigen und beispielhaften Engagement für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

- Nachhaltigkeit bedeutet auch, dass wir in den Erhalt und die Wertmeh- rung unserer Infrastruktur investieren, die wir dieser Generation der heu- te jungen Menschen hinterlassen wollen. Dies ist ein Beitrag zur Gene- rationengerechtigkeit.

Deshalb heißen die politischen Schwerpunkte dieses Haushalts folgerichtig:

- **Bildung und Betreuung**
- **Umwelt- und Klimaschutz**
- **Wohnungsbau und Wohnen**
- **Kultur**
- **der weitere Umbau unserer Stadtverwaltung**

Diese Schwerpunkte sind nicht neu. Sie waren bereits in den letzten Jahren unsere wichtigsten Themen der Stadtpolitik. Insoweit steht der Doppelhaushalt 2009/2010 in der Kontinuität der bisherigen Stadtpolitik.

Bildung und Betreuung

Die Sanierung der Schulen ist bereits erwähnt worden. Sie ist und bleibt auch weiterhin der größte Ausgabenblock bei den Investitionen. In der Summe sieht der Doppelhaushalt insgesamt rund 35 Mio. Euro netto nur für Schulen im in- vestiven Bereich vor, überwiegend für Sanierungsmaßnahmen maroder Ge- bäude und zu einem Teil auch für die Umwandlung zu Ganztagschulen. Da- mit investieren wir in einer ähnlichen Dimension wie im letzten Doppelhaus- halt, und deutlich über den Rechnungsergebnissen früherer Haushalte. Das sind rund 60 Prozent aller Aufwendungen im Vermögenshaushalt für Gebäu- desanierung (ca. 55 Mio. Euro). Im Verwaltungshaushalt geben wir weitere 24 Mio. Euro für Gebäudeunterhaltung aus, auch hier zum ganz überwiegenden Teil natürlich für Schulen.

Schaubild 4: Investitionen im Bereich Schulen

Meine Damen und Herren, das ist ein ambitioniertes Programm. Wir reparie- ren damit Versäumnisse früherer Jahrzehnte, weil viel zu lange in diesem Sek- tor am falschen Ende gespart worden ist. Wir wissen heute aber auch, dass

die Kostenschätzungen von vor einigen Jahren längst überholt sind, und dass wir sehr viel mehr aufwenden müssen als angenommen. In nahezu allen Fällen sind es übrigens viel mehr die Kosten für die Schadstoffbeseitigung und neue Rechtsvorschriften für Sicherheit oder Brandschutz, als die normalen Baukostensteigerungen, die ursächlich sind für die Kostenentwicklung. Das gilt nicht nur für Schulen, sondern für alle Hoch- und Tiefbaumaßnahmen. Deshalb müssen wir das Programm der sogenannten PPP-Schulen, das einschließlich der Hauptfeuerwache einmal auf ca. 65 Mio. Euro berechnet war, auf jetzt 90 Mio. Euro fortschreiben. Die Schulen werden uns also auch in den nächsten Doppelhaushalten beschäftigen und ein Schwerpunkt bei den Investitionsausgaben bleiben.

Die wichtigsten Projekte – nämlich die von jeweils mehreren Mio. Euro - sind in Stichworten:

- Die Sanierung des Rotteckgymnasiums, die wir im Zusammenhang mit dem Bau der Sporthalle für die Angell-Schulen um zwei Jahre vorgezogen haben
- die Wentzingerschulen mit der baulichen Sanierung und der Ganztags-erweiterung
- das Theodor-Heuss-Gymnasium
- die Merianschule

sowie einige weitere Vorhaben.

Bei allen Projekten ist die bauliche Sanierung gleichzeitig auch eine energetische Sanierung. Vor einigen Wochen haben wir den Grundstein für den Neubau der Feyelschule Ebnet gelegt. Sie wird Freiburgs erste Schule im Passivhausstandard sein, und sie soll ein Maßstab für künftige Neubauten und Sanierungen sein, was die energetischen Standards angeht.

Intakte Schulgebäude sind nur eine Seite der Medaille. Sie sind gewissermaßen die Voraussetzung, dass Inhalte auch vermittelbar sind. Die Gesellschaft verändert sich in einem rasanten Tempo. Und gerade im Bildungssektor entscheidet sich, ob diese Gesellschaft ihre Herausforderungen auch in Zukunft meistern wird. Der demographische Wandel und die Tatsache, dass in unserer Region schon heute vielfach Arbeitskräftemangel herrscht, machen überdeutlich, dass wir es uns nicht länger leisten können, Bildungsreserven ungenutzt zu lassen. Deshalb ist gute Bildungspolitik nicht nur ökonomisch sinnvoll. Nein,

gute Bildungspolitik ist deshalb auch Sozialpolitik, gute Bildungspolitik ist deshalb auch Armutsprävention und gute Bildungspolitik ist deshalb Politik gegen soziale Ausgrenzung.

Ich nenne in diesem Zusammenhang den schrittweisen Ausbau der Ganztagschulen. Der gemeinsame Mittagstisch, andere Formen gemeinsamen, angeleiteten sozialen Lernens kommen allen Kindern, vor allem aber Kindern aus bildungsfernen und mit sozialen Problemen beladenen Elternhäusern sowie Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund zugute. Die Verbesserung des Angebotes an Schulsozialarbeit, das Erfolgsmodell der Leselernpatenschaften, und die Orientierung an den Talenten der jeweils einzelnen Schülerinnen und Schüler in dem Hauptschulprojekt „Erfolgreich in Ausbildung“ gemeinsam mit der Agentur für Arbeit – sie sind Beispiele für unsere Anstrengungen, damit Bildungswege und damit Bildungschancen für unsere Kinder und Jugendlichen nicht frühzeitig verbaut, sondern langfristig begehbar bleiben. Der deutliche Rückgang der Zahl der Hauptschüler ohne Abschluss ist ein erster Erfolg

Äußerst hilfreich ist in diesem Zusammenhang das Regionale Bildungsbüro, das aus dem Nebeneinander vieler Schulen und Bildungseinrichtungen ein Miteinander in Form eines Netzwerks schafft, in dem Schulen und Wirtschaft, Ausbildungsbetriebe und andere Bildungsträger zusammen arbeiten.

In diesem Kontext ist auch das Kapitel Betreuung und frühkindliche Bildung zu nennen. Wir sprechen aus gutem Grund nicht mehr von „Kinderbetreuung“. Meine Damen und Herrn, was in den Kitas und Kinderhäusern heutzutage in Freiburg geleistet wird, ist frühkindliche Bildung und Erziehung, die von den städtischen, aber auch von den bei den freien Trägern beschäftigten Erzieherinnen und Erziehern mit großem Engagement und mit hoher fachlicher Qualität vermittelt wird.

Wir sind deshalb sehr froh, dass der Gemeinderat das Ziel definiert hat, bis 2013 für 39 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Das liegt über der angestrebten Quote von 35 Prozent im Bund. Heute stehen sind wir bei rund 20 Prozent. Ich gehe davon aus, dass die Zielmarke 39 Prozent auch nur ein Zwischenschritt sein wird, denn alle Fachleute halten den tatsächlichen Bedarf für höher.

Schaubilder 5 a und 5 b: Kinderbetreuung und Schulkindbetreuung

Für die Zielgruppe der Kinder unter drei Jahre sieht der Haushalt vor allem im Verwaltungshaushalt, und im kleineren Teil im Vermögenshaushalt insgesamt rund 16 Mio. Euro vor, 7,8 Mio. Euro 2009 und 8,2 Mio. Euro 2010. Der Vergleich mit dem laufenden Jahr mit 5,6 Mio. Euro macht deutlich, wie sehr diese Position aufgestockt wird und weiter steigen wird.

Dabei geht es zum einen darum, die Erwartungen der Eltern zu erfüllen, das heißt um die sogenannte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es geht aber auch um eine der entscheidenden sozialen Fragen der Gegenwart. Nämlich, wie lange wir noch das sozial undurchlässigste und gegenüber Migrantenkindern abgeschottetste Bildungswesen Europas hinzunehmen bereit sind. Viele Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen- und einkommensschwachen Familien haben schon am ersten Schultag keine Chance auf einen erfolgreichen Schulabschluss. Nicht weil sie dümmer wären als andere, sondern weil ihnen die sprachlichen und sozialen Fähigkeiten fehlen, die andere Kinder mitbringen.

Gegen diesen Zustand können wir auch als Stadt sehr wohl etwas tun. Nämlich, indem wir die Anzahl der Plätze ausbauen, um die Chancen für benachteiligte Kinder zu verbessern und indem wir mehr noch als bisher auf den Erwerb und den Ausbau der sprachlichen Fähigkeiten der Kinder achten. Indem wir Ganztagsangebote fördern, die auch einen gemeinsamen Mittagstisch enthalten. Und indem wir dafür sorgen, dass kein Kind mehr zuschauen muss, wenn andere Kinder essen. Das sind unmittelbare Investitionen in die kommenden Generationen.

Meine Damen und Herren, Freiburg kümmert sich um seine Kitas und seine Schulen. Sie sind nicht nur unsere Zukunft. Die Wichtigkeit dieser Aufgabe spiegelt sich auch in der Prioritätensetzung in diesem Haushalt wieder.

Umwelt- und Klimaschutz

Meine Damen und Herren, seit 1992 in Rio der erste globale Umweltgipfel stattfand, sind die Begriffe der nachhaltigen Entwicklung, des Kampfes gegen die globale Erwärmung und die Veränderungen des Weltklimas Gegenstand eines internationalen Fachdiskurses. Das Thema einer nachhaltigen Energie- und Verkehrspolitik ist in Freiburg allerdings schon länger auf der politischen Agenda.

Aber noch nie ist diese Debatte so sehr in den Focus der gesamten Weltöffentlichkeit gerückt wie gerade im letzten und in diesem Jahr. Die UN-Berichte zum Klimawandel und die Entwicklung der Energiepreise sind nur zwei Hinweise darauf, wie dramatisch die Aufgabe ist.

Das Ziel einer 40prozentigen CO₂-Reduktion bis 2030, das der Gemeinderat im Juli 2007 beschlossen hat, ist, wie wir alle wissen, äußerst ambitioniert und nicht allein mit einem großen Wurf zu schaffen. Wir brauchen vielmehr viele, untereinander abgestimmte große und kleine Veränderungen, vor allem auf den Gebieten Verkehrspolitik und Energiepolitik. Wir müssen als Stadt strategische Weichen stellen, indem wir dort, wo wir zuständig sind, politische Vorgaben machen. Wir müssen als Stadt dort, wo wir selbst handeln, Vorbild sein für andere Akteure. Und schließlich müssen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten versuchen, die Köpfe der Menschen zu erreichen, weil praktizierter Klimaschutz entscheidend mit unserer Lebensweise zu tun hat, mit der Art, wie wir wohnen, arbeiten und unsere Freizeit verbringen.

Klimaschutz ist zu einem Gutteil Verkehrspolitik. Hier sind im letzten Jahr entscheidende Beschlüsse gefällt worden. Der Gemeinderat hat alle Stadtbahnprojekte, die aus finanziellen Gründen vorübergehend zurückgestellt waren, wieder mit höchster Dringlichkeit auf die politische Agenda gesetzt. Darüber sind wir sehr froh.

Schaubilder 6 a und 6 b: Stadtbahnprojekte und Investitionen

Die Sanierung der Linie Habsburger Straße hat begonnen, und der Fahrplan für die Linien Zähringen und Gundelfingen, sowie Rotteckring und Messe steht. Sie werden in ihrer finanziellen Auswirkung in diesem, vor allem jedoch in den nächsten Haushalten sichtbar werden. Wenn wir die Gesamtkosten addieren, sprechen wir über einen Gesamtaufwand brutto von 121 Mio. Euro bis zum Jahr 2018; bis dahin soll das Programm abgeschlossen sein. Für den Haushalt bedeutet dies einen Eigenanteil von voraussichtlich 20 Mio. Euro, und die VAG wird ihrerseits 25,8 Mio. Euro aufwenden.

Und weil Klimaschutz nicht an der Stadtgrenze aufhört, brauchen wir genau so Verbesserungen bei den regionalen S-Bahn-Linien und leisten dazu unseren Beitrag im Zweckverband. Seit Ende 2007 ist die Vereinbarung mit dem Land unterzeichnet, mit der wir Planungssicherheit für den engagierten Ausbau des regionalen Nahverkehrs für das nächste Jahrzehnt bis 2018 und weit darüber

hinaus gewonnen haben. Dies war ein weiterer Meilenstein für den ÖPNV in der Region Freiburg!

Ein gut ausgebauter Nahverkehr ist auch Wirtschaftsförderung für ein Oberzentrum wie Freiburg. Wenn gleichzeitig der grenzüberschreitende Nahverkehr nach Mulhouse eine Weichenstellung für einen TGV-Anschluss Freiburgs mit der unmittelbaren Verbindung ins Rhonetal mit sich bringt, so ist dies für die ganze Region ein bedeutender wirtschaftlicher Impuls.

Aus finanziellen Gründen musste der dringend notwendige Ausbau des Freiburger Radwegenetzes seit Jahren zurückstehen. Umso erfreulicher ist es, dass wir mit diesem Haushalt die Ansätze wieder deutlich nach oben fahren konnten.

Klimaschutz ist aber vor allem auch eine erfolgreiche Energiepolitik. Hier stellen sich nach wie vor die Aufgaben, die der Freiburger Gemeinderat schon 1986 einstimmig beschlossen hat: nämlich der Dreiklang von Energieeinsparung, höherer Energieeffizienz und des Umstiegs von Atomkraft und fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien. Freiburg ist diesen Weg in den letzten zwei Jahrzehnten konsequent wie nur wenige andere Städte gegangen. Unser Markenzeichen ist dabei der „Freiburger Mix“:

- eine dem Thema gegenüber sehr aufgeschlossene Bürgerschaft, die bereit ist, auch selbst mit eigenem Beispiel voranzugehen,
- ein auf Forschung und Wissen beruhendes Know-how und
- eine Stadtverwaltung und ein Gemeinderat, die die Dinge seit Jahren im politischen Raum konsequent vorantreiben.

Beim Thema Energiesparen spielt die energetische Sanierung von Gebäuden und die Vorgabe von energetischen Standards die größte Rolle. Der Beschluss, den der Gemeinderat vor der Sommerpause 2008 gefasst hat, spätestens im Jahre 2011 im Neubaubereich Passivhausstandard vorzuschreiben, ist dabei bundesweit vorbildlich.

Unser Markenzeichen in Freiburg ist die Solarenergie, sind die regenerativen Energien. Vor drei Wochen haben wir bei der Solarenergie die Grenze von 10 Megawatt Leistung jährlich durchbrochen – das ist viermal so viel wie vor

sechs Jahren. Immer wichtiger wird in diesem Zusammenhang unser Energieversorger badenova, der sich explizit nicht nur als ökologischer Energieversorger, sondern immer mehr als ökologischer Energiedienstleister versteht. Ohne die Unterstützung der badenova, die in Freiburg bisher mit ihren eigenen Förderprogrammen – ohne die gesetzliche Einspeisevergütung nach dem EEG – von rund 1,7 Mio. Euro private Investitionen von geschätzt 50 Mio. Euro ausgelöst hat, wäre diese Steigerung gar nicht möglich gewesen.

Die badenova liefert seit Jahresbeginn 2008 ihren privaten Kunden ein garantiert atomstromfreies Ökostromprodukt mit einer deutlichen Reduktion des CO₂-Ausstoßes. Das allein macht 30.000 Tonnen jährlich weniger CO₂ für Freiburg aus, weil der nichtregenerativ erzeugte Anteil des Stroms zum Gutteil aus hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung auf Gasbasis stammt. Der Innovationsfonds von badenova für Klimaschutz und Wasser bezuschusst jährlich innovative Projekte im badenova-Land in Höhe von 1,8 Mio. Euro. Dies ist bundesweit fast einmalig und dient dazu, dass wir langfristig andere, dezentrale, auf erneuerbare Energien beruhende Strukturen bekommen.

Nicht nur dem Klima, sondern auch den Menschen ist außerdem damit geholfen, wenn wir die energetischen Gebäudesanierungsprogramme voran bringen, um Heizkosten – und damit die Nebenkosten als „zweite Miete“ - zu senken. Gerade in diesem Sektor, nämlich der größtmöglichen Effizienz, setzen die Programme an, die im Sommer 2007 beschlossen und mit diesem Haushalt weiter fortgeschrieben werden. Wir bleiben bei der Verpflichtung, dass 10 Prozent der Konzessionsabgabe der badenova, jährlich 1,2 Mio. Euro, zweckgebunden für Klimaschutz aufgewendet werden und weiterhin 1,5 Mio. Euro pro Jahr aus Steuermehreinnahmen für energetische Sanierungen im Bereich Gebäudemanagement eingesetzt werden. Damit können wir tatsächlich nennenswert etwas in Richtung eines effektiven Klimaschutzes bewegen.

Neben der Fokussierung auf die Zielgruppen der privaten Hauseigentümer, der Wohnungswirtschaft und des Gewerbes gehören auch die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf Energiespartetechnik oder die Aufstockung der Radwegeschale zu den Projekten, die jeweils anteilig aus diesen Sondermitteln finanziert werden.

Schaubild 7: Klimaschutz-Beschlüsse 2007 und 2008

Zu diesem Thema eine abschließende Bemerkung: Die Freiburger Klimaschutzpolitik hat vor allem im letzten Jahr eine große Prominenz erfahren. Wir

sind zur Pilgerstätte von Politikern und Journalisten aus aller Herren Länder geworden, die sich bei uns über nachhaltige Stadtentwicklung als Vorbild und Beispiel für andere informieren. 2010 ist Freiburg eine von fünf deutschen Städten, die mit einer eigenen Präsentation nachhaltiger Stadtentwicklung zur Weltausstellung in Shanghai eingeladen sind. In China werden Solaranlagen produziert, die im Freiburger Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme entwickelt worden sind. Wir sind dabei, mit unserem Fachwissen und unseren Freiburger Beispielen international nicht nur Anerkennung, sondern auch Geld zu verdienen.

Wohnungsbau und Wohnen

Freiburg ist nach wie vor eine wachsende Stadt mit einem traditionell hohen Mietniveau. Wir brauchen deshalb preisgünstigen Wohnraum für Haushalte mit niedrigen Einkommen. Zum einen, weil jedes Jahr im Durchschnitt rund 200 Wohnungen aus der öffentlichen Förderung herausfallen. Wenn wir den Bestand des geförderten Wohnraums halten wollen, dann müssen also mindestens 200 neue geförderte Wohnungen gebaut werden. Wir erwarten deshalb, dass das Land Baden-Württemberg wenigstens für die Ballungsräume ab 2009 wieder ein Landeswohnungsbauprogramm auflegen wird, damit wir dieses Ziel auch erreichen können.

Zum anderen brauchen wir zusätzliche Wohnungen, weil ein gutes Angebot auch mietpreisdämpfend wirkt. Weil in den letzten Jahren dank enormer Bautätigkeit, beispielhaft seien hier das Rieselfeld und Vauban erwähnt, das Angebot größer geworden ist, sind die Mietpreise in Freiburg weniger stark gestiegen als sonst in Baden-Württemberg.

Die wichtigste Voraussetzung für Wohnungsbau sind Baurechte. Was das angeht, sind uns im letzten Jahr einige wichtige Durchbrüche gelungen, und weitere große Maßnahmen sind im Planungsstadium. Wir haben vor den Sommerferien eine Auflistung der großen Wohnungsbauvorhaben vorgestellt – übrigens zu einem Gutteil Projekte der Innenentwicklung. Wir stützen uns hier vor allem auf den Flächennutzungsplan als „Drehbuch“ einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit der Zielsetzung, vor allem durch Flächenumwandlungen Bauflächen auszuweisen. Ich nenne als einige Beispiele die Wohnungsbauprojekte Innere Elben in St. Georgen, die Zähringer Straße, Coats-Mez an der Kartäuserstraße, den ehemaligen Betriebshof Nord der VAG, das Brielmann-Gelände, den alten Sportplatz in Opfingen oder demnächst das Gebiet Gut-

leutmatten in Haslach. In der Summe sind bis 2010 bereits rund 2500 neue Wohneinheiten im Bau und weitere 1500 in der Planung.

Schaubild 8: Bauprojekte 2007 - 2010

Das Rieselfeld und Vauban bieten immer noch wichtige Flächenpotentiale für neue Wohnungsbauflächen. Beide Stadtteilprojekte waren mehr als zehn Jahre die wichtigsten Bausteine einer effektiven Wohnraumversorgung. Wir haben mit beiden Stadtteilen seit zehn Jahren eine deutliche Senkung der Wohnungssucherzahlen erreichen können.

Für den Sektor des preisgünstigen und geförderten Wohnungsbaus ist und bleibt die Freiburger Stadtbau das wichtigste Instrument städtischer Wohnraumpolitik. Die FSB ist dabei, in den kommenden Jahren ein Sanierungs- und Neubauprogramm in einem Umfang von über 80 Mio. Euro umzusetzen – zu zwei Dritteln Sanierung vor allem in Weingarten-West, und zu einem Drittel Neubau. Dies bedeutet, dass nicht nur rund 400 neue und überwiegend preisgünstige Wohnungen geschaffen werden, die zu einer spürbaren Entlastung des Marktes führen werden, davon allein im Stadtteil Haslach 250 (Laubenhof und Bettackerstraße).

Es bedeutet vor allem, dass ein Großteil des Wohnungsbestands in Weingarten von Grund auf, insbesondere auch energetisch saniert wird. Dank der öffentlichen Förderung bleiben die Wohnungen für die Mieterinnen und Mieter auch nach der Sanierung bezahlbar, bei gleichzeitig deutlicher Verbesserung der Wohnqualität und des Komforts mit zeitgemäßen Wohnungszuschnitten und -größen. Die Nebenkosten für Heizung und Warmwasser, die wegen der hohen Energiepreise zu einer immer größeren Belastung werden, werden mit der energetischen Sanierung spürbar sinken. Das hier mehrfach diskutierte Beispiel des Hauses Bugginger Straße 50 als erstes im Passivhaus-Standard saniertes Hochhaus hat dies ja eindrucksvoll belegt.

Ein solches Programm fordert die ganze Kraft der Freiburger Stadtbau. Die Gesellschaft braucht dazu eine tragfähige Kapitalausstattung. 2007 hat die FSB ein positives Jahresergebnis von rund 5 Mio. Euro ausgewiesen. Davon ist kein Cent an die Stadt als Gesellschafterin ausgeschüttet worden, sondern wie in den letzten Jahren vollständig zur Eigenkapitalaufstockung in der Gesellschaft verblieben. Das Geld wird nämlich dort gebraucht, um die Investitionen zu finanzieren – allein im letzten Jahr 14 Mio. Euro für Neubaumaßnahmen.

Jeder Euro wird damit vollständig wieder für Neubau und Sanierung – also für einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt – reinvestiert. Aus denselben Gründen ist übrigens auch die Verpflichtung der FSB korrigiert worden, städtische Erbbaugrundstücke zu erwerben, wie sie dies noch 2007 in einem Umfang von 3,9 Mio. Euro getan hat. Seit diesem Jahr verzichtet die Stadt, nach einem Beschluss des Gemeinderates, in einem Umfang von jährlich 5 Mio. Euro auf Einnahmen aus dem Verkauf von Erbbaugrundstücken, damit die Stadtbau diesen Betrag – 10 Mio. Euro im Doppelhaushalt - in den Neubau geförderter Wohnungen und in die Sanierung des Wohnungsbestands investieren kann. Die Stadt wird also ihrer Verpflichtung als Gesellschafterin für die soziale Ausrichtung der FSB und für die nachhaltige Sanierung ihres Wohnungsbestandes vollauf gerecht.

Meine Damen und Herren, es ist vornehmlich eine sozialpolitische Aufgabe, solchen Haushalten, die sich nicht aus eigener Kraft auf dem freien Markt wohnversorgen können, angemessene Wohnungen zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung zu stellen. Eine vorausschauende und sozial ausgewogene Wohnversorgung und Wohnungsvorsorge umfasst deshalb weitere Bausteine. Ich nenne folgende Beispiele:

- Die städtischen Eigenanteile an den Sanierungsprogrammen vor allem für Weingarten-West, mit denen Projekte wie Bugginger Straße 50 überhaupt erst möglich werden. Im Doppelhaushalt 2009/2010 werden es rund 2 Mio. Euro sein, mit denen wir uns an den nicht umlegbaren Kosten beteiligen; insgesamt werden es nach heutigem Stand rund 8,6 Mio. Euro an städtischem Eigenanteil zur Sanierung sein, die direkt den Bewohnerinnen und Bewohnern zugute kommen.
- Die Nachlässe auf Erbbauzinsen für Grundstücke, wenn kinderreiche Familien Wohneigentum schaffen
- Die erheblichen Abschläge auf den Kaufpreis städtischer Grundstücke, wenn darauf geförderte Wohnungen gebaut werden
- Und schließlich die städtebaulichen Verträge, in denen wir Verpflichtungen für private Bauherren und Investoren zum Bau von geförderten und preisgünstigen Wohnungen aushandeln.

Schaubild 9: Wohnraumförderung bisher und künftig

Es ist kein Zufall, dass Freiburg einen Spitzenplatz in ganz Deutschland belegt, was den Anteil öffentlich geförderter Wohnungen am gesamten Wohnungsbestand angeht, sondern das Ergebnis einer verantwortungsbewussten und sozial ausgewogenen Wohnungsförderungspolitik. Diesen Spitzenplatz wollen wir halten, und dafür tragen dieser Haushalt und die Freiburger Stadtbau Sorge.

Kultur

Lassen Sie mich zum weiten Feld der Kultur drei Projekte exemplarisch erläutern. Es sind an erster Stelle die Museen, weil in keinem anderen Bereich der Kultur aktuell so hohe Aufwendungen veranschlagt sind. Im nächsten Jahr wird die Generalsanierung des Augustinermuseums im größten Bauabschnitt I mit dem Kirchenschiff abgeschlossen.

Schaubild 10: Sanierung und Neukonzeption Augustinermuseum

Das Augustinermuseum darf keine Dauerbaustelle sein. Deshalb wollen wir unmittelbar im Anschluss an den 1. Bauabschnitt auch die Abschnitte II und III in Angriff nehmen.

Ohne die Spenden und das Sponsoring aus der Bürgerschaft wäre dieses Projekt nicht vorstellbar. Ich danke deshalb allen, die sich hier engagiert haben, stellvertretend für alle dem Beauftragten des Kuratoriums Augustinermuseum, Herrn Dr. Hodeige, der mit vielen Ideen und originellen Aktionen zahlreiche Spender gewinnen konnte. Der Dank gilt auch dem Ordinariat, der Landesstiftung und dem Land für die Unterstützung.

Meine Damen und Herren, wir werden in der Laufzeit des Doppelhaushalts 2009/2010 auch die Frage der Schaffung eines zentralen Kunstdepots als einen Schlüssel der gesamten Museumsentwicklung zu einem guten Ende führen können. Als Zwischenlösung stellt uns die Stiftung die Kartaus zur Verfügung; damit kann die Neukonzeption des Adelhausermuseums realisiert werden. In zwei Jahren ist also die „Runderneuerung“ der Museumslandschaft zu einem Gutteil abgeschlossen.

Das zweite Beispiel ist das Theater. Seit Anfang Juli liegen die Ergebnisse eines Organisationsgutachtens mit dem Ziel vor, den nichtkünstlerischen Bereich wirtschaftlich zu optimieren. Die Abstimmung mit der Theaterleitung und

dem Personalrat ist noch nicht abgeschlossen. Vom Ergebnis der Gespräche wird es abhängen, wie weit die Empfehlungen sich dann auf den Zuschussbedarf des Theaters auswirken werden.

Dies ist auch deshalb wichtig, weil im Theater Investitionen erforderlich sind. Das Gutachten trifft auch Aussagen über den Sanierungsbedarf der Bühnentechnik - also gewissermaßen hinter dem Vorhang. Bisher ist als vorläufige Schätzung die Summe von 9 Mio. Euro genannt, um den Spielbetrieb dauerhaft gewährleisten zu können und die wichtigsten Brandschutz- und Sicherheitsauflagen realisieren zu können. Wir haben im aktuellen Haushalt dazu noch nichts eingestellt, werden dieses Thema in den folgenden Jahren mit aller Kraft und mit allem Nachdruck angehen.

Meine Damen und Herren, das dritte Beispiel ist der im Haushalt ausgewiesene Zuschuss an das Ensemblehaus, das nun in der früheren Kirche St. Elisabeth für das Freiburger Barockorchester und das „ensemble recherche“ eingerichtet werden soll. Das Bürgermeisteramt schlägt einen einmaligen Investitionszuschuss von 250.000 Euro vor. Mit diesem größten Einzelzuschuss an Dritte im Kulturhaushalt erkennen wir an, dass das Barockorchester in nur wenigen Jahren zu einem Ensemble geworden ist, das nicht nur in Deutschland, sondern international in der Championsleague spielte, wenn es so etwas in der Musik gäbe.

Zum Kulturhaushalt darf ich zusammenfassend auch feststellen, dass wir im Verwaltungshaushalt 2009 und 2010 nun die Grenze von stabil 26 Mio. Euro pro Jahr überschreiten werden, was den Zuschussbedarf angeht, 2009 sogar auf nahezu 27 Mio. Euro, und 2010 kaum weniger mit 26,77 Mio. Euro. Darin ist das Theater noch nicht enthalten. Dort kommen weitere mehr als 14 Mio. Euro pro Jahr hinzu. Diese Zahlen sprechen eine andere Sprache, als gelegentlich von Kritikern zu hören ist. Es wird also keineswegs auf dem Rücken der Kultur gespart. Herr Neideck wird im Anschluss noch detaillierter darauf eingehen.

Personal und Verwaltungsreform

Lassen Sie mich als letzten und ausführlichsten Schwerpunkt den Umbau unserer eigenen Stadtverwaltung nennen. Was vor rund vier Jahren in Gang gesetzt worden ist, war und ist der bislang größte Umstrukturierungsprozess der Stadtverwaltung. Und was seitdem erreicht worden ist, hat wesentlich dazu

beigetragen, dass wir heute im Haushalt wieder gut dastehen mit einer Verwaltung, die aus eigener Kraft in großem Maße Personal- und Sachkosten abgeschmolzen hat, und dabei leistungsfähiger und wirtschaftlicher geworden ist.

Wir haben vor vier Jahren das Ziel benannt, dauerhaft die Personal- und Sachkosten um rund 50 Mio. Euro zu senken. Heute können wir feststellen, dass dieses Ziel zu vier Fünfteln – nämlich in einem Volumen von rund 40 Mio. Euro erreicht worden ist. Allein aus den verschiedenen Prüfkatalogen ergeben sich rund 34 Mio. Euro an Einsparungen bei den Sach- und Personalkosten, von denen rund 30 Mio. Euro strukturell wirksam und zu etwa zwei Dritteln auch bereits umgesetzt sind. Hinzu kommen realisierte Einsparvorgaben und strukturell wirksame Maßnahmen an verschiedenen anderen Stellen und im „Konzern Stadt“ bei den Gesellschaften, was uns als Gesellschafterin über höhere Gewinne oder geringere Verlustzuweisungen zugute kommt.

Dieses Ergebnis ist mit vielen Schritten erreicht worden. Es ist die Addition von –zig verschiedenen Veränderungen und Reformen. Wir haben uns von Beginn an dafür entschieden, vor allem unseren eigenen Sachverstand und die Kompetenz und Erfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu nutzen und nur bei Bedarf auch externe Gutachter zu beauftragen. Damit haben wir Ergebnisse erreichen können, die von den Beschäftigten akzeptiert werden, weil sie selbst daran mitgearbeitet haben, und die dauerhaft stabil sind. Organisation ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument zur Aufgabenerfüllung. Wir sind noch nicht am Ziel, sondern der Prozess der Verwaltungsreform geht weiter. Aber wir können auch feststellen, dass wir sehr weit gekommen sind.

Deshalb will ich an dieser Stelle ein Wort des Dankes sagen: An das Haupt- und Personalamt, die Dezernate und an die Projektgruppe Verwaltungsreform. Weiter an die Personalvertretungen und den Gesamtpersonalrat, die uns sehr konstruktiv unterstützt haben und wichtige Transmissionsriemen in die Ämter waren. Und vor allem an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eigene Beiträge entwickelt und umgesetzt haben. Überhaupt tragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Hauptlast bei unseren notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen

Ich erinnere in Stichworten daran, was in den letzten Jahren an Reformveränderungen eingeleitet und zum größten Teil auch umgesetzt worden ist:

- die Einrichtung des Referats für Stadtentwicklung und Bauen. In wenigen Wochen wird das neue Beratungszentrum Bauen eröffnet. Damit werden Abläufe und Service noch attraktiver und noch stärker an den Bedürfnissen der Bauherren und Architekten ausgerichtet als bisher.
- die Zusammenfassung der früher aufgesplitterten Zuständigkeiten im Gebäudemanagement zu einem umfassenden facility management, oder zu deutsch: Gebäudebewirtschaftung statt -verwaltung. Ohne das neue schlagkräftige und leistungsfähige Gebäudemanagement wären wir heute nicht in der Lage, das Programm der Gebäudesanierung umzusetzen.
- die Zusammenlegungen des Garten- und Tiefbauamtes sowie des Haupt- und Personalamts sowie der Kämmerei und des Kassenamtes
- die Zusammenfassung von Bürgeramt, Wahlen und Statistik sowie Informationstechnologie zu einem neuen Amt
- die Bündelung der Zuständigkeiten im großen und wichtigen Aufgabenfeld Wohnversorgung
- die Verbesserungen unter anderem im Sozial- und Jugendamt, wo in vielen Bereichen neue und effektivere Strukturen geschaffen wurden, außerdem in der Ausländerbehörde, in der Bußgeldbehörde, im Vergabemanagement oder aktuell das bereits erwähnte Organisationsgutachten für das Theater.

Diese Reihe ließe sich fortsetzen. Bei einigen dieser Projekte sind zum Teil große Einsparungen im Personal- und auch im Sachkostenbereich erzielt oder in Angriff genommen worden. Im Sozial- und Jugendamt oder aber der Ausländerbehörde ist dies nicht der Fall; hier ist in Teilbereichen sogar ein Stellenzuwachs erforderlich. Wir erhoffen aber im Einzelfall am langen Ende durch die bessere Organisation Einsparungen bei den Ausgaben. Aber eines ist allen Projekten gemeinsam: Sie haben Qualitätsverbesserungen für unsere Verwaltung, für die Bürgerschaft und für die Betroffenen erbracht.

Als schwierig hat sich die Durchführung eines flächendeckenden Verfahrens zur Aufgabenkritik erwiesen. Sie lässt sich in zwei Sätzen definieren: Machen wir die richtigen Dinge? Und: Machen wir die Dinge richtig? Die Ergebnisse

aus den Ämtern liegen vor. Sie sind aus Sicht des Bürgermeisteramts noch nicht ausreichend, sondern die vorgelegten Vorschläge haben nur zum Teil aufgabenkritischen Inhalt, sie sind in der Summe zu gering und zudem häufig erst 2012 oder später wirksam. Das Bürgermeisteramt will aber weiterhin an den grundsätzlich festgelegten Einsparungen festhalten und hat deshalb im Entwurf des Doppelhaushalts eine pauschale Vorgabe für die beiden Haushaltsjahre in Höhe von jeweils 3 Mio. Euro vorgesehen, die durch die Ämter zu erbringen sind.

Meine Damen und Herren, was bisher erreicht wurde, das spiegelt sich eindrucksvoll im Personalkostenbudget und in der Zahl der Personalstellen wieder. Bis Ende 2010 erwarten wir die Zahl von 2.473 Personalstellen, basierend auf den bereits konkret verfügbaren und vollzogenen Stelleneinsparungen, und andererseits basierend auf der erwarteten Umsetzung der Einsparvorgabe von jährlich 3 Mio. Euro pro Jahr im neuen Haushalt, die jetzt aber noch nicht im Stellenplan vollziehbar ist. Im Vergleich dazu standen wir im Haushalt 2003/2004 bei 3.105 Personalstellen, also 632 Stellen mehr.

Schaubilder 11 a und 11 b: Entwicklung der Personalstellen 2000 - 2010

Diese eindrucksvolle Entwicklung ist zurückzuführen auf:

- die Auslagerung von 437 Stellen durch die Umgründung des Theaters zu einem Eigenbetrieb und die Ausgliederung der Bäder
- durch die faktische Umsetzung von Maßnahmen in den bisherigen Haushalten bzw. durch konkret festgelegte Maßnahmen im neuen Haushalt, womit 274,7 Stellen dauerhaft eingespart worden sind
- durch den perspektivischen Abbau von weiteren 70 Stellen als Resultat der Einsparvorgabe von 3 plus 3 Mio. Euro in den nächsten zwei Jahren, die das Bürgermeisteramt im neuen Doppelhaushalt 2009/2010 vorschlägt.

Damit werden bis Ende 2010 im Vergleich zu 2003 mindestens 344 Stellen tatsächlich „brutto“ eingespart. „Brutto“ bedeutet, dass es in dieser Zeit unvermeidlich war, auch 152 Stellen neu zu schaffen, zum weitaus größten Teil für Rückkehrer aus Eigenbetrieben, für die Übernahme von Aufgaben und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vom Land im Rahmen der Landesverwaltungsreform, für die wir allerdings die Kosten vom Land erstattet bekommen;

des weiteren für die Ausbildungs- und Nachwuchsoffensive oder als Personalreserve z.B. für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus der Elternzeit zurückkehren, und nur zum allerkleinsten Teil als „echte“ neue Stellen. „Netto“ sind also 192 Stellen eingespart worden. Das war ein sehr großer Kraftakt, und es wird ein sehr großer Kraftakt bleiben.

Grundsätzlich bleibt es bei der Linie, dass wir die Zahl der Personalstellen dauerhaft weiter senken wollen. Der Stellenplan weist deshalb schon heute sogenannte „kw-Vermerke“ aus, die 2011/2012 in einem Umfang von weiteren 20 Stellen wirksam werden.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch wieder in den Haushaltszahlen für das Personalkostenbudget, und hier insbesondere in der zugegebenermaßen fiktiven Rechnung, wo wir heute im Haushalt stünden, wenn wir nichts getan hätten, sondern die Entwicklung früherer Jahre einfach fortgeschrieben hätten. Wir haben jedoch die Dinge nicht „laufen lassen“, sondern unter dem Druck der Finanzlage gehandelt. Ich erinnere hier an

- die pauschale Absenkung um 5,5 Prozent 2003/2004, die spätestens ab 2005 dauerhaft in Stellen zu erbringen war
- an die Einsparvorgabe 2 + 2 Prozent im DHH 2007/2008 oder
- Optimierungen bei den Personalkostensätzen durch Dritte, die zu erheblichen Verbesserungen auf der Einnahmeseite geführt haben
- die Vorgabe von 3 + 3 Mio. Euro Einsparungen 2009/2010, die nun als neues Instrument hinzukommen soll.

Schaubilder 12 a/12 b: Entwicklung der Personalkosten 2000 - 2010

Mit den vollzogenen Personalkosten-Kürzungen, und bei Herausrechnung der Ausgliederungen Theater und Bäder liegen wir mit den Ansätzen für 2009/2010 bei rund 139 bzw. 138,5 Mio. Euro und damit deutlich unter dem Niveau der Jahre zwischen 2001 und 2005. Und dies, obwohl wir Tarifsteigerungen zu verkraften haben, gegenüber dem Rechnungsergebnis 2007 für 2009 angesetzt mit 6,2 Prozent und 2010 mit gut 10 Prozent, weil dann eine neue Tarifrunde anstehen wird.

Das Diagramm (Schaubild 12 b) weist aus: Hätten wir nicht rechtzeitig mit den genannten Maßnahmen gegengesteuert, dann stünde im Haushalt für 2010 nicht ein Ansatz der Brutto-Personalkosten von 138,5 Mio. Euro, sondern die Zahl von 160,8 Mio. Euro. Dies ist ein Unterschied von rund 22 Mio. Euro. Summiert von 2003 bis 2010 ergibt sich ein Betrag von rund 112 Mio. Euro, um den die Haushalte bisher im Personalkostenbudget entlastet worden sind.

Meine Damen und Herren, die Stadt Freiburg ist die zweitgrößte Arbeitgeberin im Stadtkreis nach der Universität. Wir verlangen viel von unseren Beschäftigten; ein seit Jahren stattfindender Stellenabbau bedeutet natürlich eine Mehrbelastung und Verdichtung der Arbeit. Damit lassen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht allein. Die Stadt als Arbeitgeberin ist sich ihrer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten bewusst. Wir haben in den letzten Jahren viel gelernt: Wo die Grenzen unserer eigenen Veränderungsfähigkeit liegen, aber auch, dass wir mehr selbst leisten können als wir dachten. Unsere Stadtverwaltung hat gute und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unser Problem sind die Strukturen und Abläufe, in denen wir arbeiten – sie müssen wir ändern, damit wir an allen Stellen gut und effektiv arbeiten.

Wir bilden deshalb weiter aus und verstärken unsere Anstrengungen, vor allem für die Zielgruppe von Hauptschul-Absolventen, selbst wenn wir den jungen Menschen derzeit keine Übernahmegarantie mehr geben können. Aber wir wollen, wo immer dies möglich ist, mehr als bisher gute eigene Nachwuchskräfte übernehmen. Wir tun dies auch aus eigenem Interesse. Wenn wir über die Laufzeit eines Haushalts hinaus denken, dann müssen wir rechtzeitig Vorsorge treffen, um unseren Personalbedarf an Nachwuchskräften angesichts der demographischen Veränderungen decken zu können. Deshalb ist die Ausbildungs- und Nachwuchsinitiative auch ein Stück Personalvorsorge für die Zukunft.

Ich nenne einige weitere Stichworte:

- Der „Interne Arbeitsmarkt“, um die organisatorischen Veränderungen auch personalwirtschaftlich gestalten zu können. Dazu gehören neben der Beratung, Vermittlung und Qualifizierung der Beschäftigten im „Internen Arbeitsmarkt“ auch Angebote zur Altersteilzeit und finanzielle Ausgleichs bei Arbeitszeitreduzierungen.

- Qualifizierung und Fortbildung. Allein 2007 sind fast 100 Seminare und Fortbildungen mit rd. 1230 Teilnehmern durchgeführt worden. Ein Schwerpunkt sind die so genannten bereichsspezifischen Qualifizierungen vor allem in den Sektoren, in denen die Organisation sich ändert. Dazu setzt das Haupt- und Personalamt mit gutem Erfolg auch externen Sachverstand ein.
- ein stadtweit eingeführtes Beurteilungssystem, dessen erste Ergebnisse derzeit evaluiert werden und das eine wichtige Grundlage für Personalentwicklung und Führungsinstrumentarien darstellt.
- und schließlich das höchst erfolgreiche Konzept für ein betriebliches Gesundheitsmanagement, das mittlerweile auch außerhalb der Verwaltung beachtet wird.
- Schließlich ist an dieser Stelle last, but not least die Dienstvereinbarung über den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen zu nennen. Es galt und gilt in der Zukunft der Grundsatz, dass alle organisatorischen Veränderungen und der Abbau von Personalstellen sozial verträglich und ohne eine betriebsbedingte Kündigung erfolgen. 2007 ist die Vereinbarung mit dem Gesamtpersonalrat fortgeschrieben worden. Es ist unser erklärtes Ziel, dass wir die Vereinbarung weiterführen, zum Schutz unserer Beschäftigten. Wir möchten motiviertes, qualifiziertes und gutes Personal, das die Veränderungen konstruktiv und flexibel mitträgt und mitgestaltet. Dazu gehört auch die Gewissheit eines sicheren Arbeitsplatzes.

Leistungsfähige Gesellschaften

Herr Neideck wird noch ausführlicher auf die Situation der Beteiligungen, insbesondere der Gesellschaften eingehen. Lassen Sie mich im Vorgriff darauf hier ein Thema ansprechen, das in den letzten Wochen zu Diskussionen geführt hat: Die Lage beim regionalen Energieversorger badenova und mittelbar damit auch die Situation der Stadtwerke.

Es ist ein Faktum, dass aufgrund der Situation auf dem Weltmarkt mit Ölpreisen von deutlich mehr als 120 Dollar pro Barrel und auf Dauer weiter steigender Tendenz die Bezugspreise für Gas stark gestiegen sind und langfristig al-

ler Voraussicht nach weiter steigen werden. Aufgrund der Bindung des Gaspreises an den Ölpreis bedeutet dies für badenova, dass das Unternehmen Gas zu deutlich höheren Preisen einkaufen muss als in der Vergangenheit. Wir – und hier spreche ich für die Gesellschafter – sind uns einig, dass diese Erhöhungen nicht 1:1 an die Kunden weitergegeben werden, sondern dass im Interesse der Kunden die Preise nur in Schritten und nicht im vollen Umfang der Steigerungen bei den Einkaufspreisen der Vorlieferanten angehoben werden. Damit wird auch deutlich, dass die Marge – also der Gewinnanteil des Unternehmens – sinken wird.

Ohne dass wir zu diesem Zeitpunkt bereits die endgültigen Zahlen des Jahres 2008 kennen, geht das Bürgermeisteramt von einem Rückgang der badenova-Gewinnausschüttung in einer Größenordnung aus, die sich für den Gesellschaftsanteil der Stadt bei voraussichtlich einer Million Euro mit einem gewissen Spielraum nach oben und unten auswirken wird. Ich stelle fest, dass dies immer noch ein hervorragendes Ergebnis sein wird.

badenova hat in den letzten Jahren unter dem Stichwort „Matterhorn“ ein umfassendes Konsolidierungsprogramm realisiert, das nun Früchte trägt. Seit der Fusion ist der Personalbestand deutlich gesenkt und sind Prozesse in Richtung besserer Wirtschaftlichkeit neu organisiert worden. Das Unternehmen ist weiter dabei, sich strategisch neu zu positionieren und damit dem Anspruch gerecht zu werden, wie er zur Gründung formuliert worden ist, nämlich ein regionales und ökologisches Energieversorgungs- und immer mehr auch Energiedienstleistungsunternehmen zu sein. badenova hat außerdem auf die Veränderungen im Markt reagiert und das ökologische Profil deutlich und konsequent geschärft; ich nenne als Beispiel hier nur die Versorgung im Privatkundensektor mit regenerativ und garantiert atomfrei produziertem Strom, was von den Abnehmern auch registriert und anerkannt wird. Damit ist das Unternehmen im Markt mit hartem Wettbewerb gut aufgestellt.

Meine Damen und Herren, die städtischen Anteile der badenova werden bei unserer Stadtwerke-Holding gehalten, genauso wie die Freiburger Verkehrs-AG. Im Juli hat die VAG die Jahresbilanz 2007 vorgelegt. Als wichtigstes Ergebnis ist festzuhalten, dass der Zuschussbedarf der VAG erneut und drastisch gesenkt werden konnte, auf noch 6,2 Mio. Euro in 2007. Auch hier zeigt das 2005 begonnene Restrukturierungsprogramm Wirkung. Die VAG senkt ihren betrieblichen Aufwand, und sie verbessert ihre Einnahmesituation.

In der Gesamtbetrachtung bedeutet es, dass wir zum einen starke und leistungsfähige städtische Gesellschaften mit einer guten Finanzausstattung brauchen, damit sie im besten Fall einen positiven Beitrag zum städtischen Haushalt leisten und nicht auf städtische Verlustzuweisungen angewiesen sind. Und zum anderen, damit sie ihre Zukunftsaufgaben auch selbst leisten können. Dafür haben wir in den letzten Jahren Vorsorge getroffen. Ich will vor allem zwei Themenschwerpunkte nennen, die uns bei der Stadtwerke-Holding in den kommenden Jahren nachhaltig beschäftigen werden:

- Die VAG investiert in den Bau neuer Stadtbahnlinien, die der Gemeinderat mit dem „Paket“ der Klimaschutzbeschlüsse im Sommer 2007 entschieden hat. Um dieses Programm aus eigener Kraft realisieren zu können, muss die VAG gut aufgestellt sein.
- Bei den Bädern sind wir dabei, den erheblichen Sanierungsstau, vor allem beim Haslacher Bad und beim Westbad, aufzulösen. Das Haslacher Bad befindet sich mitten in der Sanierung, das Westbad wird folgen. Und beides wird deutlich teurer als ursprünglich gedacht. Herr Neideck wird noch ausführlicher über diesen Punkt sprechen.

Beteiligungshaushalt als Instrument bürgerschaftlicher Partizipation

Meine Damen und Herren, zusammen mit dem Entwurf des Doppelhaushalts bringt das Bürgermeisteramt heute die Dokumentation der Ergebnisse des Beteiligungshaushalts ein. Dieses Papier wird Gegenstand der Haushaltsberatungen sein, weshalb wir entschieden haben, mit der Sitzung vom 29. September einen Teil der 1. Lesung zum ersten Mal öffentlich durchzuführen, um den Bürgerinnen und Bürgern von Beginn an die Möglichkeit zu geben, diesen wichtigen Verfahrensschritt des Beteiligungshaushalts – nämlich die Umsetzung im Haushalt – selbst mitzuverfolgen.

Ich erinnere daran, dass wir mit dem Beteiligungshaushalt Neuland betreten haben. Als mit der Einbringung des letzten Doppelhaushalts im Januar 2007, damals noch unter dem Arbeitstitel „Bürgerhaushalt“, der erste Schritt getan wurde, konnte noch niemand absehen

- wie die Resonanz in der Bürgerschaft auf dieses Angebot sein würde

- welche Instrumente eingesetzt werden, und wie diese Instrumente in Anspruch genommen werden
- und schließlich: Welche Ergebnisse als Votum der Bürgerschaft erarbeitet werden, und wie diese in das Verfahren der Haushaltseinbringung einfließen können.

Heute sind wir sehr viel weiter. Es liegt eine umfangreiche Zusammenfassung dessen vor, was über einen Zeitraum von rund einem Dreivierteljahr in Veranstaltungen, durch Umfragen, im Internet und schließlich in der Stadtkonferenz erarbeitet worden ist. Damit ist nun der Gemeinderat gefragt, die Vorschläge aus der Bürgerschaft aufzugreifen, denn es war von Beginn an unstrittig, dass die letzte Entscheidung Sache des Gemeinderats bleibt.

Schaubild 13: Ablauf des geschlechtersensiblen Beteiligungshaushalts

Der Beteiligungshaushalt ist ein Erfolg geworden. Freiburg hat damit im Vergleich zu anderen Städten Maßstäbe gesetzt. Ich kenne – gemessen an der Einwohnerzahl – kein vergleichbares Verfahren, in dem die Bürgerinnen und Bürger über den städtischen Haushalt diskutieren konnten, das quantitativ und qualitativ zu einem solch' intensiven und konstruktiven bürgerschaftlichen Diskurs geführt hat. Wenn wir die Teilnehmerzahlen aus den Veranstaltungen und der Stadtkonferenz sowie die Rückläufe bzw. Zahlen aus dem Internet addieren, dann sind es mehrere tausend, die sich mit Meinungsäußerungen, Vorschlägen und auch Kritik zu Wort gemeldet haben. Dies zeigt, wie groß das Bedürfnis nach einem bürgerschaftlichen Diskurs über die kommunalen Finanzen und damit auch über Ziele und Maßnahmen zu den Entwicklungsschwerpunkten der Stadtpolitik war.

Meine Damen und Herren, ohne der ausführlichen Diskussion hier vorgreifen zu wollen, hat der Beteiligungshaushalt einige interessante Bewertungen erbracht, welche Schwerpunkte der Stadtpolitik aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger relevant sind. In allen drei Bausteinen – Umfrage, Beteiligung im Internet und schließlich in der Stadtkonferenz – gab es jeweils gleiche oder ähnliche Prioritäten:

- Schule und Bildung
- vorschulische und schulische Betreuungsangebote
- Sanierung und Instandhaltung der Schulen

- öffentlicher Nahverkehr und Klimaschutz
- soziale Hilfen sowie Angebote für Kinder und Familien
- und der Sektor Bauen und Wohnen.

Dies sind die Themen, die die Menschen in besonderer Weise bewegen und bei denen sie auf Antworten und Konzepte aus der Politik warten. Mich hat dieses Ergebnis nicht überrascht. Darin spiegeln sich auch die Schwerpunkte unserer Stadtpolitik wieder, die mit den Ansätzen auch in diesem Haushalt ablesbar sind.

Der Beteiligungshaushalt hat allerdings auch deutlich gemacht, dass die Bedeutung bestimmter Aufgaben und die Funktionszusammenhänge des Haushalts noch erklärungsbedürftig sind.

Meine Damen und Herren, an erster Stelle steht ein Dank an die eigentlichen Akteure des Beteiligungshaushalts. Es sind die Bürgerinnen und Bürger, die sich in diesem Verfahren engagiert haben, Anregungen im Online-Rechner erarbeitet und formuliert haben oder in der Stadtkonferenz eineinhalb Tage zusammen gearbeitet haben. Das ist nicht selbstverständlich und verdient großen Respekt.

Ich möchte ausdrücklich der stadtinternen Projektgruppe unter der Leitung von Frau Schubert, der gemeinderätlichen Begleitgruppe sowie der Lokalen Agenda und der Gruppe „Jugend im Haushalt“ danken. Sie haben neben den normalen Aufgaben sehr viel Zeit und Mühe investiert, häufig über das normale Maß hinaus und an Wochenenden. Das gemeinsam zwischen Gemeinderat, Bürgerschaft und Verwaltung erarbeitete Konzept und dessen Umsetzung haben allgemein auch über Freiburg hinaus Anerkennung gefunden. Und schließlich geht ein herzlicher Dank an die Landesstiftung, die uns in großzügiger Weise unterstützt und begleitet hat. Das Wesen des Beteiligungsverfahrens war, dass sein thematischer Schwerpunkt auch die Gewichtung der städtischen Ausgaben im Hinblick auf die unterschiedlichen Lebenswelten von Männern und Frauen sein sollte. Dies berührte das Aufgabenfeld Gender Budgeting, für dieses Verfahren übersetzt mit „geschlechtersensibler Beteiligungshaushalt“. Dazu hat das Verfahren erstmals alle aussagekräftigen Informationen zusammen getragen, die auch in den Haushaltsentwurf aufgenommen wurden.

Wie geht es nun weiter? Die einzelnen Bausteine des Beteiligungsverfahrens sind von unseren externen Partnern und der Arbeitsgruppe sorgfältig dokumentiert worden und werden Ihnen heute gesammelt vorgelegt. Es ist nun Sache des Gemeinderats, aus diesen Anregungen Anträge zu formulieren, die dann in die 2. und ggf. 3. Lesung eingebracht und damit Eingang in den Haushalt finden werden.

Bis zum Sommer 2009 werden wir auch einen Vorschlag erarbeiten, wie wir weiter mit dem Instrument des Beteiligungshaushalts umgehen wollen, und wie Aufwand und Ziel eines Beteiligungshaushalts in ein vertretbares Verhältnis zu setzen sind.

Schlussbemerkung

Meine Damen und Herren, ehe Herr Neideck nun zu den konkreten Eckdaten des Haushalts und zu den wichtigsten Ansätzen sprechen wird, lassen Sie mich ein kurzes Resumee ziehen.

Ich bin auch persönlich sehr froh, dass wir heute an einem Punkt stehen, an dem wir mit Recht sagen können: Die Stadt ist durch glückliche Umstände, aber vor allem durch eigene Anstrengung in der Lage, selbst über die Prioritäten im Haushalt entscheiden zu können, und so den Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung durch eigene Entscheidungen der gewählten Stadträtinnen und Stadträte mit Leben zu erfüllen.

Vor uns liegen nun bis zum Satzungsbeschluss drei Monate Haushaltsberatungen. Wir werden über viele Ansätze kontrovers diskutieren. Ich achte und respektiere diesen demokratischen Meinungsbildungsprozess, weil in ihm auch die Vielfalt und Buntheit der Stadt deutlich wird. Sie machen Stadtpolitik gelegentlich anstrengend, aber sie machen Freiburg auch interessant und liebenswert. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass dies so bleibt.

Rede
zur Einbringung
Doppelhaushalt 2009/2010
am 16. September 2008

Erster Bürgermeister
Otto Neideck

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Entwurf des Doppelhaushaltes 2009/2010 steht in der Kontinuität unserer Politik der letzten zwei Jahre unter der Überschrift „Sanieren der Substanzen und Finanzen unserer Stadt“. Diese Kontinuität beruht auf vier Eckpunkten nämlich,

1. unserer Ausgabendisziplin einschließlich der Ergebnisse der Verwaltungsreform
2. einem weitgehenden Verzicht auf neue Projekte und
3. einer u.a. konjunkturbedingten positiven Einnahmeentwicklung
4. der Hoffnung, dass die Grundlagen der Steuerschätzung vom Mai 2008 und des Haushaltserlasses vom Juli 2008 wirklich Realität werden.

In unserer globalen schnelllebigen Zeit, kann man derzeit noch bis 2009 optimistisch sein. Abgesicherte Prognosen für 2010 sind allerdings nur schwerlich möglich. Deshalb sind wir sicherlich gut beraten, die eine oder andere Maßnahme „auf Sicht“ zu fahren, abhängig von der konkreten Entwicklung der Einnahmen.

Eckwerte des Doppelhaushalts

Mit heutigem Datum aber gilt, dass wir einen Haushaltsentwurf vorlegen können, der ein deutlich besseres Bild zeigt als die vorherigen Haushaltsentwürfe. Dies wird deutlich auch an nachfolgenden Eckwerten:

Schaubild 14: Eckwerteberechnung Doppelhaushalt 2009/2010

- Wir übertreffen die Mindestzuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt in beiden Haushaltsjahren nicht nur deutlich, sondern um ein Mehrfaches des Betrags, der nach dem Gesetz erforderlich ist.

- Das bedeutet: Wir verfügen über Spielräume, um investieren und Schulden tilgen zu können und zwar in einem Ausmaß, von dem wir vor zwei Jahren nicht einmal zu träumen wagten.
- Mit einem Gesamtvolumen von 820,9 Mio. Euro in 2009 bzw. 834,54 Mio. Euro in 2010 haben wir zum ersten Mal die 800 Mio. Euro Grenze überschritten.

Wichtiger ist jedoch ein Vergleich der Eckdaten, die etwas über die Leistungskraft des Haushalts aussagen. Es ist in erster Linie die Höhe der Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt. Hier stand zwei Jahre (2004 und 2005) jeweils eine Null, weil der Verwaltungshaushalt hohe Fehlbedarfe auswies, die nur mit Ersatzdeckungsmitteln – sprich: Vermögensverzehr – geschlossen werden konnten.

Schaubild 15: Entwicklung der Eckwerte des Haushalts

Einnahmen

Diese Zeiten sind glücklicherweise Vergangenheit. 2007 betrug das Rechnungsergebnis 51,7 Mio. Euro und war damit nahezu doppelt so hoch wie der Haushaltsansatz mit 27,4 Mio. Euro. Auch in 2008 werden wir ein deutlich höheres Zuführungsergebnis erreichen als der Haushaltsansatz vermuten lässt. Insoweit schreiben die Zahlen des Entwurfs 2009/2010 die gute Entwicklung aus der jüngsten Vergangenheit fort. Dies trifft auch für die Investitionsrate in 2010 zu. Diese Entwicklung der Eckwerte hat Ursachen.

Ich stelle zunächst die Einnahmeseite dar mit den vier Säulen: Schlüsselzuweisungen, Einkommenssteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer.

Schaubild 16: Entwicklung wichtiger Steuern und des Finanzausgleichs

An erster Stelle stehen die Schlüsselzuweisungen. Sie sehen, in welchem rasantem Tempo die Zuweisungen gestiegen sind. Bei der Einbringung des letzten Haushaltsentwurfs am 23. Januar 2007 habe ich davon gesprochen, dass die Steigerung von 2005 auf 2006 und dann nochmals zu 2007 beispiellos in der jüngeren Stadtgeschichte war. Diese Aussage gilt auch heute, was die Zahlen für 2009 und 2010 angeht. Wir können nach Mitteilungen des Landes zum kommunalen Finanzausgleich in 2009 Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen von 162,86 Mio. Euro und 2010 von 168,30 Mio. Euro erwarten. Das ist eine Verdoppelung in den letzten vier Jahren.

Bei aller Freude darüber, wie sehr uns diese Zuweisungen helfen, ist hier auf den Zusammenhang zwischen eigener Leistungskraft des Haushalts und der Höhe der Schlüsselzuweisungen hinzuweisen. Eine Aufgabe der Schlüsselzuweisungen ist es, Ungleichgewichte in der Steuerkraft zwischen den Kommunen auszugleichen. Das bedeutet: Städte mit einer niedrigen Steuerkraft erhalten hohe Schlüsselzuweisungen, und solche mit starker eigener Steuerkraft entsprechend weniger. Freiburg gehörte immer schon zu den Städten mit einer leider eher niedrigen eigenen Steuerkraft, weshalb wir stärker als andere von den FAG-Zuweisungen profitieren.

Dies hat seine Gründe in unserer Wirtschaftsstruktur mit einem hohen Anteil an öffentlichen Dienstleistungen und einem niedrigen Besatz an klassischer, produzierender Industrie, und damit mit einem vergleichsweise niedrigem Durchschnittseinkommen. Trotzdem steigt die Einkommensteuer derzeit konjunkturbedingt an, weil glücklicherweise mehr Menschen in Arbeit gekommen sind. Das Steueraufkommen liegt um ca. 20 Mio. Euro über dem Stand aus dem Jahre 2000 und erreicht damit ebenfalls den höchsten Stand aller Zeiten in Freiburg.

Diese Aussage ist leider auf die Gewerbesteuer nicht übertragbar. Hier ist zunächst interessant, einen Blick auf die Zusammensetzung und Anteile der Branchen, die für das Gewerbesteueraufkommen verantwortlich zeichnen, zu werfen. Wie Sie der Graphik entnehmen können, bildet den größten Anteil die Gesundheits-/Medizinbranche mit 21 Prozent, gefolgt von Finanzen und Versicherungen, Versorgung, Entsorgung, Verkehr, Umwelt und Industrielle Betriebe mit jeweils 15 Prozent, dem Groß- und Einzelhandel und den Dienstleistungen. Diese sechs Branchen erwirtschaften 90 Prozent der Gewerbesteuer.

Schaubild 17: Entwicklung der Gewerbesteuer

Meine Damen und Herren, seit 2003 bewegen wir uns mit kleinen Ausschlägen auf einem Niveau von 115 bis 120 Mio. Euro brutto für die Gewerbesteuer. Für 2009 haben wir einen Ansatz von 114 Mio. Euro und für 2010 von 116 Mio. Euro an Gewerbesteuer aufgenommen; die Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer, die ab 1.1.1998 als Kompensation für die Gewerbekapitalsteuer gezahlt werden, liegen bei rund 9,7 bzw. 10,0 Mio. Euro. Auf der Ausgabenseite müssen wir jedoch die Gewerbesteuerumlage mit rund 19,1 bzw. 20,3 Mio. Euro gegenrechnen.

Auf den ersten Blick mag dies ein respektables Ergebnis sein. Es ist zu relativieren, wenn wir den Vergleich mit anderen Städten anstellen. Mit Ausnahme von Karlsruhe und Ulm haben alle größeren Stadtkreise in 2007 ihren ursprünglichen Haushaltsansatz um 10 bis zu 50 Prozent übertroffen. Bei uns waren es 3,14 Prozent. Um die eigene Steuerkraft vergleichbar zu machen, haben wir dieses Gewerbesteueraufkommen auf die Bevölkerung umgerechnet. Hier sehen wir wiederum, dass Freiburg vor Heidelberg und Pforzheim liegt, aber nur die Hälfte des Pro-Kopf-Aufkommens von Mannheim hat, von Stuttgart gar nicht zu reden.

Schaubild 18: Vergleich der Gewerbesteuer in den Stadtkreisen

Es bleibt aber dennoch die nicht neue und wenig überraschende Erkenntnis, dass die Gewerbesteuer immer noch die wichtigste eigene Steuerart ist, aber ihre Bedeutung im Vergleich zu den Einnahmen „von außen“, die wir nicht selbst beeinflussen können, abgenommen hat. Glücklicherweise sind wir von großen Einbrüchen verschont geblieben, leider auch von großen Ausbrüchen nach oben. Trotzdem bleibt uns das politische Ziel, dass wir das Aufkommen der Gewerbesteuer stabil halten und – nicht etwa durch Erhöhungen des Hebesatzes, sondern indem wir die Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Belebung und Kräftigung kontinuierlich weiter verbessern. Dazu gehört auch das Thema Gewerbegebiete. Nur damit können wir wettbewerbsfähig bleiben in der Konkurrenz mit anderen: durch gute Rahmenbedingungen und Standortvorteile. Steuererhöhungen sind sicherlich kein Instrument der Wettbewerbsfähigkeit – ganz im Gegenteil. Sie würden uns letztendlich auf der Einnahmeseite schaden und zusätzlich Arbeitsplätze kosten. Deshalb schlägt das Bürgermeisteramt bewusst keine Veränderungen im Hebesatz vor.

Ich bin nach allen Erfahrungen der letzten Jahre aber zuversichtlich, dass wir 2009 und 2010 die Ansätze im Entwurf dank der guten konjunkturellen Entwicklung erreichen werden. Trotzdem bleibt ein gewisser Unsicherheitsfaktor. Wir haben in den letzten Jahren auch die Erfahrung gemacht, dass bei der Gewerbesteuer im Verlauf eines Jahres hohe Abweichungen nach oben und nach unten gleichermaßen möglich sind. So wird 2008 voraussichtlich mit einer Abweichung nach unten zu Ende gehen. Im letzten Finanzbericht vor der Sommerpause lagen wir bei der Gewerbesteuer ca. 6 Mio. Euro unter dem Plansoll. Daran hat sich bis heute leider nichts geändert.

Die Zahlen der vergangenen Jahre zeigen allerdings auch, dass die FAG-Zuweisungen mit derselben Geschwindigkeit fallen können, wie sie gottlob zu-

letzt gestiegen sind. Dagegen sind wir machtlos. Um so mehr sollte es unser Ziel sein, dass wir die Einnahmeseite aus eigener Kraft stärken und mit mehreren Standbeinen dauerhaft stabilisieren.

Meine Damen und Herren, ich spreche in diesem Zusammenhang auch die Grundsteuer an, als zweite wichtige und von uns selbst im Hebesatz bestimmte Steuer. Unsere Entwicklungsdynamik wird u.a. darin deutlich, dass die Anzahl der veranlagten Objekte in den letzten 10 Jahren um rd. 25 Prozent zugenommen haben. Ein Teil dieser Entwicklung ist zwar steuertechnischer Art, aber ein nicht unerheblicher Teil ist jedoch dem Wachstum unserer Stadt zuzuordnen. Was beim letzten Haushalt als ein politisches Junktim galt, gilt auch heute noch. Die Einnahmen aus der Erhöhung ab 2007 fließen 1:1 in die Schulsanierung. Der Oberbürgermeister hat bereits dargelegt, welches Programm noch bevor steht. Deshalb brauchen wir diese Einnahmen in Höhe von rd. 45 Mio. Euro noch einige Jahre, um das Programm der Schulsanierung finanzieren zu können.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Ausgabenseite insbesondere im Vermögenshaushalt betrachten, dann zieht sich ein Thema wie ein roter Faden durch alle Ansätze. Dieses Thema heißt: Investitionen in unsere Infrastruktur. An erster Stelle stehen die Hochbaumaßnahmen mit pro Jahr rd. 30 Mio. Euro und die Tiefbaumaßnahmen mit jeweils rd. 14 Mio. Euro. Schwerpunkt im Hochbaubereich sind wiederum die Schulen, die die größte und aufwändigste Einzelposition darstellen.

Schulen sind jedoch nicht der einzige Investitionsschwerpunkt. Der Vermögenshaushalt weist zahlreiche weitere Projekte aus, die wir in den beiden kommenden Jahren anfahren und zum Teil auch abschließen werden. Auch hier gilt das Gleiche wie bei den Schulen: Wir leisten hier notwendige Sanierungen, also Pflichtaufgaben im klassischen Sinne, und wir investieren in vorhandene Einrichtungen, um sie funktionsfähig zu erhalten – oder wieder funktionsfähig zu machen -, und vor allem: um den Wert unseres Vermögens nicht verfallen zu lassen.

Schaubild 19: Wichtige Investitionen (ohne Schulen)

Virtueller Rundgang (Ausgaben)

Lassen Sie mich nun anhand eines virtuellen Rundganges durch unsere Stadt einige der wichtigsten Maßnahmen kurz skizzieren:

Unser Rundgang beginnt hier im Ratssaal und führt uns zunächst zum Rotteck-Gymnasium, als einem der wichtigsten Schulbauprojekte.

Wie der Oberbürgermeister ausgeführt hat, wurde der Zeitplan für die Sanierung des Rotteck-Gymnasiums im Zusammenhang mit dem Bau der Sporthalle für die Angell-Schulen geändert. Der Abbruch und der Neubau der Garage wurde vorgezogen realisiert. Des Weiteren laufen aktuell bereits die Sanierungsarbeiten für die naturwissenschaftlichen Räume. Die übrigen Sanierungsmaßnahmen werden voraussichtlich drei Monate nach Baubeschluss, der zeitgleich mit dem Doppelhaushalt heute in den Gemeinderat eingebracht wird, beginnen.

Gesamtkosten:	19,795 Mio. Euro
Zuschüsse:	keine
Baubeginn:	1. Quartal 2009
Geplante Fertigstellung:	Ende 2011

Vom Rotteck-Gymnasium gehen wir zunächst zurück in die Innenstadt zur Merianschule.

Aktuell laufen die Vorplanungen für eine Erweiterung. Neben der Erweiterung soll die Merianschule mit Turnhallen saniert werden. Hierfür sind im Doppelhaushalt 3,1 Mio. Euro und damit rund 50 Prozent der Gesamtmaßnahme eingestellt. Auch die Merianschule gehört zu den Projekten, die uns über mehrere Jahre beschäftigen werden.

Gesamtkosten:	6,866 Mio. Euro
Zuschüsse:	1,360 Mio. Euro
Baubeginn:	ab 2010
Geplante Fertigstellung:	2012

Von der Merianschule führt uns unser Rundgang dann zum Theodor-Heuss-Gymnasium in St. Georgen.

Nach ersten Sanierungsplanungen im Jahre 2007 wurde im laufenden Jahr nun eine Bestandsanalyse erstellt. Die Sanierungsplanungen sollen nun im kommenden Jahr fortgeführt werden. Nachdem bei den Schadstoffuntersuchungen Asbest gefunden wurde, mussten zum einen Sofortmaßnahmen ergriffen werden, zum anderen ist sicherzustellen, dass der Beginn der Sanierung spätestens in 2011 erfolgt. Die wichtigsten Daten im Überblick:

Gesamtkosten:	16,64 Mio. Euro
Zuschüsse:	keine
Baubeginn:	2011
Geplante Fertigstellung:	2013

Von St. Georgen aus geht es nun nach Freiburg-West, wo die bauliche Sanierung und die Ganztageserweiterung der Wentzinger-Schulen ansteht.

Die Erweiterung der Ganztageseinrichtung in den Wentzinger-Schulen wird im Frühjahr 2009 fertiggestellt sein. Die Planungen für die Sanierungsmaßnahmen sind inzwischen weitgehend abgeschlossen. Auch hierfür wird der Baubeschluss parallel zum Doppelhaushalt in den Gemeinderat eingebracht.

Gesamtkosten:	27,574 Mio. Euro
Zuschüsse:	0,777 Mio. Euro
Baubeginn (Sanierung):	Frühjahr 2009
Geplante Fertigstellung:	Sommer 2013

Einen weiteren Investitionsschwerpunkt im Doppelhaushalt 2009/2010 bilden die Bäder. In unmittelbarer Nachbarschaft zu den Wentzinger-Schulen befindet sich das Westbad.

Im Hallenbad West wurden bisher nur die dringendsten sicherheitsrelevanten Maßnahmen durchgeführt, um die Betriebsfähigkeit während der Schließung des Haslacher Bades gewährleisten zu können. Im Anschluss daran muss die weitere Sanierung sichergestellt sein, um die vom Gutachter angedrohte Schließung abzuwenden. Die Sanierungsmaßnahmen sind inzwischen im Detail geprüft, der Sanierungsaufwand steht fest. Da das

Hallenbad West mit Abstand über die größte Wasserfläche aller Freiburger Hallenbäder verfügt, und neben seiner Funktion für das öffentliche Schwimmen auch für den Schul- und Vereinssport von elementarer Bedeutung ist, sollen die Sanierungsschritte in einer Schließperiode umgesetzt werden. Das Hallenbad West ist ebenfalls wie das Haslacher Bad Bestandteil einer separaten Vorlage, die heute zusammen mit dem Haushalt in den Gemeinderat eingebracht wird. Die wichtigsten Daten nochmals im Überblick:

Gesamtkosten:	9,250 Mio. Euro
Zuschüsse:	keine
Baubeginn:	Mitte 2009
Geplante Fertigstellung:	März 2011

Unsere Reise führt uns dann weiter zum Haslacher Bad.

Das Hallenbad Haslach ist seit November 2007 für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen geschlossen. Nach der aktuellen Zeitplanung ist eine Wiedereröffnung für den Herbst 2009 vorgesehen. Im Rahmen der Sanierung zeigte sich, dass zum einen weitergehende sicherheitsrelevante Maßnahmen notwendig waren. Des Weiteren kann durch die Verlegung der Trafostation der Eingangsbereich besucherfreundlich umgestaltet werden und auch der Neubau der Sauna dient sicherlich der Attraktivitätssteigerung. Auch hier die wesentlichen Daten nochmals im Überblick:

Gesamtkosten:	4,9 Mio. Euro
Zuschüsse:	keine
Baubeginn:	November 2007
Fertigstellung:	Herbst 2009

Vom Stadtteil Haslach führt uns der Rundgang nun in den Freiburger Osten zum Hallenbad der Freiburger Turnerschaft.

Das Hallenbad der Freiburger Turnerschaft hat insbesondere für die Bevölkerung des Freiburger Ostens, die Bereitstellung für das Schulschwimmen einschließlich der Bedarfe für den Sportkindergarten und die Sportgrundschule, aber auch zahlreiche weitere Institutionen in der Stadt (z.B. Universität und Pädagogische Hochschule) eine grundlegende Bedeutung. Nachdem trotz den bereits erfolgten Förderzusagen von Stadt und Badischem

Sportbund eine nach wie vor beträchtliche Finanzierungslücke besteht, schlägt die Stadt aufgrund der vorgenannten Bedeutung des Bades in der parallel zum Haushalt eingebrachten Vorlage vor, die Gesamtfördersumme der Stadt auf nunmehr insgesamt 2,0 Mio. Euro aufzustocken. Bezüglich weiterer Einzelheiten darf ich auf die entsprechende Vorlage verweisen.

Von Littenweiler gehen wir zurück an die Eschholzstraße zur Hauptfeuerwache.

Der Neubau des Gerätehauses und die Erweiterung der Feuerwache in der Eschholzstraße mit der Integrierten Leitstelle ist mit einem Aufwand brutto von 5 Mio. Euro 2009 und weiteren 7 Mio. Euro in 2010 eine bedeutende Einzelmaßnahme. Dazu erwarten wir Zuschüsse von insgesamt ca. 1,2 Mio. Euro.

Die Notwendigkeit dieser Sanierungsmaßnahme ist unbestritten. Die Feuerwehr ist eine Pflichtaufgabe, und sie muss für ihre Aufgaben entsprechend ausgestattet und ausgerüstet sein. Dazu gehört auch die Hauptfeuerwache, insbesondere für den Aufbau der Integrierten Leitstelle, um die Arbeit aller Rettungsorganisationen in der Stadt und im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald besser koordinieren und steuern zu können. Hier geht es um Brandschutz, um schnelle Hilfe bei Unfällen und Katastrophen und damit um die Sicherheit der Bürger in der Stadt und im Landkreis. Deshalb müssen wir handeln und können nicht länger zuwarten.

Ich erinnere daran, dass auch dieses Projekt ursprünglich Teil des einmal vorgesehenen PPP-Paketes gewesen ist. Die aktuellen Daten im Überblick:

Gesamtkosten (ohne Ausbau integrierte Leitstelle):	20,750 Mio. Euro
Zuschüsse:	1,200 Mio. Euro
Baubeginn :	April 2009
Geplante Fertigstellung:	2012

Um bei der Feuerwehr zu bleiben: Wir müssen auch handeln beim vorbeugenden Brandschutz. Hier sind als Pauschale jährlich 2,6 Mio. Euro eingestellt, aus der wir nach und nach die erforderlichen Brandschutz-Auflagen in unserem Gebäudebestand umsetzen. Auch hier sprechen wir über Fragen der Sicherheit und des Schutzes der Menschen, die sich in unseren Gebäuden aufhalten. Nahezu jede Begehung durch das Amt für Brand- und

Katastrophenschutz fördert Mängel zu Tage und zwingt uns zum Handeln, weil sich in den letzten Jahren die Vorschriften verändert haben. Darauf müssen wir – allein schon aus Haftungsgründen – reagieren.

Ich erinnere daran, dass bereits in der Vergangenheit der Brandschutz immer wieder Anlass zu Nachbesserungen bei großen Projekten gewesen ist. Wir hoffen, dass diese Pauschale nun ausreichend ist, wohlwissend, dass die Expansion von Vorschriften und Auflagen ein europäischer Wachstumsfaktor ist.

Den Abschluss unseres Rundganges im Hochbaubereich bildet das Augustinermuseum.

Im Haushalt sind die Mittel eingestellt, um den derzeit laufenden 1. Bauabschnitt planmäßig bis Anfang 2010 zu Ende zu bringen. Damit ist der größte Teil geschafft. Das Bürgermeisteramt ist im Gespräch mit dem Regierungspräsidium, um mit der Ausweisung eines neuen Sanierungsgebietes Obere Altstadt die Förderung aus dem Landessanierungsprogramm weiterzuführen und damit auch die weiteren, im Umfang jedoch deutlich kleineren Abschnitte zeitnah anzuschließen. Entsprechende Verpflichtungsermächtigungen sind eingestellt.

Nach den Hochbaumaßnahmen darf ich Ihr Augenmerk nun auf den Tiefbaubereich lenken. Auch in diesem Sektor sind einige größere Vorhaben mit Ansätzen aufgenommen, die mehr sind als nur „politische Merkposten“, sondern mit denen wir tatsächlich auch weiterkommen.

Der vierspurige Ausbau der Heinrich-von-Stephan-Straße ist mit insgesamt 5,5 Mio. Euro im Doppelhaushalt 2009/2010 veranschlagt, zu denen wir 2,5 Mio. Euro Zuschüsse aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz abrufen werden. Die Heinrich-von-Stephan-Straße ist ein Schlüssel für die Stadtbahn Rotteckring und die Verkehrsunterbrechung des Rings am Theater.

Gesamtkosten:	11,840 Mio. Euro
Zuschüsse:	6,580 Mio. Euro
Baubeginn:	2008
Geplante Fertigstellung:	2011

Die Stadtbahn Habsburgerstraße ist Teil des Bundesprojektes „Stadtbahn in die nördlichen Stadtteile und nach Gundelfingen“. Der GVFG-Antrag, der am 15.02.2007 dem Zuschussgeber vorgelegt worden ist, ist inzwischen von Bund und Land mit Bescheid vom 05.08.2008 bewilligt worden. Dabei ist allerdings eine Kürzung in Höhe von 1,7 Mio. Euro vorgenommen worden, die noch zu klären ist. Im Vorfeld der Maßnahme werden von ESE und badenova auf eigene Rechnung neue Leitungen verlegt und ein Abwasserkanal gebaut. Die Baumaßnahme selbst soll dann am 22.09.2008 mit dem Umbau des Glasbaches durch badenova beginnen.

Gesamtkosten:	14,795 Mio. Euro	Zuwendungsfähig:	12,974 Mio. Euro
Zuschuss:	8,915 Mio. Euro		
Eigenanteil:	5,880 Mio. Euro		
Davon VAG:	75,04 Prozent =	4,412 Mio. Euro	
Landkreis Br-H:	15,92 Prozent =	0,936 Mio. Euro	
Landkreis EM:	09,04 Prozent =	0,532 Mio. Euro	

Weitere Projekte sind die Sanierung der Sundgaubrücke (1,1 Mio. Euro), der Abschluss der Arbeiten für die Wiwili-Brücke, und eine Pauschale für weitere Brückensanierungen und Untersuchungen.

Brücken sind in der jüngeren Vergangenheit zu den Sorgenkindern des Garten- und Tiefbauamtes geworden. Bei zahlreichen Brückenbauwerken ist ein Reparaturstau analog unseren Schulen aufgelaufen, der keinen Aufschub mehr duldet, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, einzelne Brücken aus Gründen der Sicherheit schließen zu müssen.

Die Wiwili-Brücke ist leider ein besonders markantes Beispiel. Auch hier darf ich auf die separate Vorlage verweisen. Die Wiwili-Brücke ist allerdings auch ein Lehrstück, wozu es kommen kann, wenn die Dinge zu lange aufgeschoben werden. Um dies zu vermeiden, ist das GuT dabei, alle Brücken unter die Lupe zu nehmen, ehe die Schäden unbezahlbar groß werden.

Auch in anderer Hinsicht ist die Wiwili-Brücke ein Lehrstück. Niemand hat auch nur annähernd vermuten können, welche Dimension die Schadstoffbelastung hat, die wir nun mit großem Aufwand sanieren müssen. Der zweite kostentreibende Faktor sind auch hier Sicherheitsvorschriften.

Zum ersten Mal etatisiert wird die städtische Vorfinanzierung für die Planungskostendes Stadttunnels, gewissermaßen als zinsloser Kredit an das Land. Das Bürgermeisteramt ist dankbar, dass im Frühsommer die Eckpunkte einer Vereinbarung mit dem Land abgeschlossen werden konnten, um dieses Verfahren voranzubringen. Wir stellen dazu pro Jahr 1 Mio. Euro bereit, und werden dies auch in den Folgejahren in einem Gesamtumfang von voraussichtlich ca. 5 Mio. Euro – also über insgesamt 5 Jahre – tun müssen. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Entwurfsplanung für den Stadttunnel so weit voranzubringen, dass wir gute Chancen auf ein „Aufrücken“ in der Priorität bekommen. Deshalb sind die Aufwendungen in Form von Zinsverzicht gut angelegtes Geld, weil wir damit Zeit und letztlich Lebensqualität „kaufen“ können.

Und schließlich die Investitionszuschüsse an die Breisgau-S-Bahn mit 1,8 Mio. Euro und 2,0 Mio. Euro. Sie sind die logische Umsetzung dessen, was im vergangenen Jahr als langfristiges Ausbaukonzept bis 2018 zwischen dem Land und dem ZRF verabredet worden ist. Wir haben damit für den Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs Planungssicherheit erhalten. Freiburg steht hier in der regionalen Solidarität, aber Freiburg hat auch einen Gewinn, weil das Netz zu einem Gutteil auch innerstädtische Linien umfasst.

Neben den im Rahmen des ZRF finanzierten überörtlichen Maßnahmen haben wir im Doppelhaushalt auch für die drei geplanten Stadtbahnlinien Zähringen, Kronenstraße, Werthmannstraße, Rotteck- und Friedrichsring sowie die Linie zur Neuen Messe im Doppelhaushalt Mittel von insgesamt knapp 1,1 Mio. Euro vorgesehen. Damit können die Planungen vorangetrieben werden und die Grundlagen für Zuschussanträge erstellt werden. Darüber hinaus ist ein weiterer Schwerpunkt, in Zusammenarbeit mit der VAG, die Umgestaltung und Sanierung der Schwarzwaldstraße.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit bin ich schon bei einer längeren Liste kleinerer Investitionen, die Sie dem Schaubild 19 entnehmen können. Sie tragen in jedem Einzelfall auch zur deutlichen Qualitätsverbesserung unserer Infrastruktur bei.

Insgesamt liegen die Investitionsausgaben im Vermögenshaushalt damit auf einem Niveau von 62,8 Mio. Euro bzw. 64,8 Mio. Euro. Um es noch einmal zu wiederholen: Der Schwerpunkt liegt fast ausschließlich auf der Bestandssanierung oder, um in der Sprache des Kaufmanns zu sprechen, auf der Werterhaltung und Wertsteigerung. Volkswirtschaftlich betrachtet sind diese Maßnah-

men aber auch ein Konjunkturprogramm für unsere regionale Wirtschaft und insbesondere das Handwerk.

Im Doppelhaushalt sind insgesamt rund 22,4 Mio. Euro an Verpflichtungsermächtigungen ausgewiesen; damit erfolgt die Verknüpfung zur Mittelfristigen Finanzplanung. In der Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen sind die Projekte dokumentiert, deren Realisierungszeitplan über den Doppelhaushalt hinaus geht, und für die wir im kommenden Haushalt konkrete Festlegungen treffen bzw. „Verpflichtungen“ eingehen müssen. Die Liste dokumentiert die kontinuierliche Weiterführung wichtiger Vorhaben und stellt die Weichen für die Finanzplanung der kommenden Jahre.

Schaubild 20: Überblick über die Verpflichtungsermächtigungen

Der Umbau des Augustiner Museums mit einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2011 von 2 Mio. Euro, die Sanierung der Wentzinger Schulen mit 5 Mio. Euro oder der Ausbau der Heinrich-von-Stephan-Straße mit 2 Mio. Euro sind Beispiele für eine kontinuierliche Umsetzung unserer Vorhaben über mehrere Bauabschnitte mit der Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Ressourcen. Andere Beispiele wären die Pauschalen für Energie- oder Brandschutzmaßnahmen.

Aspekte des Verwaltungshaushalts

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten Wochen und Monaten viel über sogenannte 10prozentige Kürzungen in den verschiedenen Bereichen diskutiert und dabei vielleicht hier und da vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr erkannt. Lassen Sie mich deshalb aus dem Verwaltungshaushalt einige Bereiche herausgreifen, die vieles von dem – so glaube ich - relativieren.

1. Im Kulturbereich und hier vor allem im Zuschussbereich zeigt die Graphik, dass wir trotz der angesprochenen Kürzungen in den Jahren 2009 und 2010 deutlich zulegen. Betrachtet vom Jahr 2003 mit knapp über 23 Mio. Euro haben wir für die Jahre 2009 und 2010 knapp unter 27 Mio. Euro als Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt veranschlagt: eine deutliche Erhöhung auch gegenüber den beiden zurückliegenden bzw. zu dem laufenden Jahr.

Schaubild 21: Zuschussbedarf Kultur

2. Und genauso verhält es sich auch im sozialen Bereich, wo wir ebenfalls im Zuschussbereich im neuen Doppelhaushalt deutlich zulegen. Wer also hier von kulturellem Kahlschlag oder aber von sozialer Kälte redet, nimmt bewusst Fakten nicht zur Kenntnis. Fakt ist auch, dass wir entsprechend der positiven wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich der bekannten Arbeitsmarktdaten einen spürbaren Rückgang der Fallzahlen nach Sozialgesetzbuch II haben, besser bekannt als „Hartz IV“. Die damit verbundenen Kosten der Unterkunft verharren allerdings weiterhin auf hohem Niveau.

Auffallend sind die Zunahmen der Fallzahlen im Bereich Kinder- und Jugendhilfe und wie in der nächsten Graphik deutlich wird, die Ausgabensteigerungen bei der Grundsicherung. Die Entwicklung seit 2003 zeigt, dass sich die Ausgaben mehr als vervierfacht haben.

Insgesamt erreicht der Reinaufwand im Sozialhilfebereich mit 91 bzw. 92 Mio. Euro einen neuen Spitzenwert, trotz der positiven Entwicklung und dem damit verbundenen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Dies muss zu denken geben!

Schaubild 22: Reinaufwand im Sozialbereich

3. Unser Zuschuss für die Kindertagesstätten überschreitet in 2009/2010 zum ersten Mal die 20 Millionen-Euro-Grenze und trägt damit dem veränderten Angebot u.a. der Betreuung der Unter-Dreijährigen in Ganztageseinrichtungen und den Auswirkungen des neuen Tarifvertrages Rechnung. Es ist schlicht und einfach eine Verdoppelung der Kosten gegenüber 2003. Wie gesagt, dies sind nur die Ausgaben an die freien Träger, erfasst man zusätzlich die Kosten der städtischen Kindergärten, erreichen wir in 2010 die Summe von nahezu 30 Mio. Euro.
4. Spürbar, allerdings auch für uns, sind die gestiegenen Energiekosten, die nach den vorliegenden Berechnungen bis zum Jahre 2010 im Vergleich zu 2007 um rd. 50 Prozent oder 2,5 Mio. Euro steigen. Diese wirken sich nachhaltig auf unseren Verwaltungshaushalt aus. Dabei sind schon die erheblichen Maßnahmen zur Energiesparung der Vorjahre eingerechnet, ohne die wir bereits im Haushaltsjahr 2007 rund 1,7 Mio. Euro mehr für Heizung und Strom bezahlt hätten. Wir sind daher auf dem richtigen Weg, wenn wir sanieren und investieren, um Energie zu sparen. Dies ist ökolo-

gisch und ökonomisch zugleich.

Schaubild 23: Steigerung der Energiekosten

Konzern Stadt – unsere Gesellschaften

Meine Damen und Herren, bereits die im Haushalt ausgewiesenen Investitionen sind im Vergleich zu den Vorjahren beeindruckend. Aber sie sind nur ein Teil der Investitionstätigkeit im „Konzern Stadt“. Zu den Zahlen von 62,8 Mio. Euro (2009) und 64,8 Mio. Euro (2010) in unserem eigenen Vermögenshaushalt sind auch die Investitionen und Aufwendungen für Instandhaltung hinzuzurechnen, die durch unsere Gesellschaften getätigt werden. Sie liegen in beiden Jahren jeweils über 50 Mio. Euro, und wenn wir badenova noch berücksichtigten, deutlich über 100 Mio. Euro.

Schaubilder 24/25: Umsatzerlöse und Investitionen der Gesellschaften

Die Einbringung des städtischen Haushalts ist deshalb auch Anlass, kurz die wirtschaftliche Lage unserer Gesellschaften als Teil des „Konzerns Stadt“ anzusprechen. Ein Gesamtbild über die Leistungskraft der „Stadt“ ist nur möglich, wenn wir neben dem eigenen Haushalt auch diesen Teil berücksichtigen. Der Oberbürgermeister hat im Zusammenhang mit der aktuellen Lage bei badenova und bei der VAG bereits auf die Stadtwerke verwiesen. Ich darf daran anknüpfen. Die Stadtwerke mit den dort angegliederten Unternehmen BreisNet, Verkehrs-AG, Flugplatz Freiburg, Abwasser Freiburg und Stadtwerke-Bäder werden nach den Planzahlen ein Umsatzvolumen von nahezu 70 Mio. Euro in 2009 erreichen und 2010 die Grenze von 70 Mio. Euro überschreiten (71,3 Mio. Euro).

An erster Stelle im Stadtwerke-Konzern ist die VAG als größte Gesellschaft zu nennen. Hier greift das Restrukturierungsprogramm, ablesbar am Rückgang des Verlustausgleichs. Das Ergebnis mit jetzt noch 6,2 Mio. Euro (2007) liegt um 2 Mio. Euro unter den Zahlen des Vorjahres und rund 4 Mio. Euro unter denen von 2005. Diese Zahlen sind um so eindrucksvoller, als die VAG weiterhin auf Wachstumskurs ist, mit anhaltend hohen Fahrgastzahlen.

Das Unternehmen ist damit gut vorbereitet auf die Aufgaben der kommenden Jahre. Die Übersicht über die Investitionen weist aus, dass die VAG in 2009 und 2010 brutto jeweils mehr als 15 Mio. Euro investieren wird; wenn wir die Aufwendungen für Instandhaltungen noch hinzurechnen, sind es jeweils mehr als 20 Mio. Euro und jeweils rund 40 Prozent mehr als in den Vorjahren. In

dieser Entwicklung spiegeln sich die Ausbauprogramme für neue Linien wieder, die der Gemeinderat beschlossen hat bzw. die im ZRF realisiert werden. Dieses Thema wird uns auch über den Haushalt 2009/2010 hinaus weiter begleiten.

Bei den Stadtwerken kommt uns die gute Entwicklung der VAG zugute, in Form eines positiven wirtschaftlichen Ergebnisses der Stadtwerke, das 2007 rund 5 Mio. Euro erreicht hat. 2008 erwarten wir voraussichtlich rund 3 Mio. Euro, wenn die bisherigen Prognosen bestätigt werden.

Es wird niemanden überraschen, dass wir wegen des genannten Investitionsprogramms der VAG und wegen der Sanierung der Bäder diese guten Zahlen 2009 und 2010 nicht in dieser Höhe fortschreiben können. Ab 2009 und 2010 schlagen hier die Ausgabenblöcke u.a. für die Habsburgerstraße und die anstehenden Sanierungen des Westbads und des Hallenbads Haslach zu Buche. Deshalb wird es notwendig sein, im Doppelhaushalt 3 Mio. Euro für das Jahr 2010 als Kapitalausstattung der Stadtwerke zuzuführen.

Zwei Jahre nach der Auslagerung der Hallenbäder zeigt sich also, wie richtig diese Entscheidung war, weil uns zumindest dieser Teil unserer Bäderlandschaft nicht mehr unmittelbar im Haushalt belastet. Vielmehr können wir steuerliche Vorteile nutzen, was uns in der Vergangenheit verwehrt war. Meine Damen und Herren, möglicherweise eröffnet sich noch in 2009 die Perspektive, dass wir aufgrund einer anstehenden Steuergesetzänderung auch die übrigen Bäder einschließlich der Freibäder in die Stadtwerke überführen können, was für den Haushalt eine weitere Entlastung darstellen könnte.

Die Freiburger Stadtbau, einschließlich Kommunalbauten und Regio-Bäder, „bewegt“ ein Umsatzvolumen von fast 80 Mio. Euro (2009) und 83,4 Mio. Euro (2010), die zu vier Fünfteln auf die Stadtbau selbst entfallen. Die FSB ist zwischenzeitlich eine erfolgreiche und leistungsfähige Gesellschaft, mit einem positiven Ergebnis von rund 5 Mio. Euro in 2007. Nur so kann sie ihre Aufgabe dauerhaft erfüllen: nämlich bezahlbare Wohnungen zu bauen, zu sanieren und preiswert zu vermieten.

Eine weitere wichtige Aufgabe wird es sein, das Mineral-Thermal-Bad über die Regio Bäder GmbH in die Freiburger Bäderlandschaft organisatorisch zu integrieren. Hierfür ist vorgesehen, eine externe Prozessanalyse der beiden Bäder

derbetriebe in Auftrag zu geben. Durch die Bündelung aller Freiburger Bäder sind Synergieeffekte zu erwarten.

Die Stadtbau wird 2009 17,6 Mio. Euro und 2010 fast 15 Mio. Euro investieren; die Aufwendungen für Instandhaltungen liegen zusätzlich bei jeweils fast 9 Mio. Euro. Dafür braucht die Gesellschaft weiterhin eine ausreichende Eigenkapitaldecke.

Ich darf als dritten großen Bereich die FWTM und die Messe nennen. Im großen Bereich Wirtschaftsförderung, Messe und Ausstellungen sowie Tourismus „bewegen“ wir rd. 13,8 Mio. Euro in 2009 und rund 14,7 Mio. Euro in 2010. Darin enthalten ist die Abschreibung für das Konzerthaus und für die Neue Messe. Die Steigerung auf der Zeitachse der letzten Jahre belegt aber auch: Gerade im Sektor Tourismus sowie Messen und Ausstellungen ist Freiburg eine boomende Stadt und kann sich im Wettbewerb immer besser positionieren. Mit inzwischen mehr als einer Million Übernachtungen haben wir uns dauerhaft in der ersten Liga des Städtetourismus etabliert. Die FWTM hat neue und interessante Formate für Ausstellungen und Messen entwickeln können. Ich nenne als Beispiel nur die Messe „Gebäude, Energie, Technik“, die als Nachfolgeveranstaltung der „Intersolar“ vom Start weg gute Zahlen erwirtschaftet hat. Die „Intersolar“ ist zwar in München und inzwischen auch in San Francisco, und wir hoffen, sie auch in China etablieren zu können, weil das Interesse dort sehr groß ist. Aber sie ist und bleibt eine Freiburger Messe, mit der wir künftig auch Geld verdienen werden.

An dieser Stelle nenne ich auch das Stichwort „Green City“ als Marketing-Begriff. Das Profil als eine Stadt, die Vorbild ist für andere in nachhaltiger Stadtentwicklung, war der Anlass für die Einladung zur EXPO 2010 in Shanghai; gerade vor einigen Tagen hat der Oberbürgermeister die Vereinbarungen unterzeichnet. Nach der bisherigen Einschätzung werden zwischen 70 und 80 Mio. Menschen die EXPO besuchen, das sind bei 150 Besuchertagen unvorstellbare 500.000 Menschen pro Tag (nur zum Vergleich: die Expo in Hannover wurde insgesamt nur von 18 Mio. Menschen besucht).

Für die mehreren Millionen Besucher unserer Stadt ist natürlich von entscheidender Bedeutung, wie wir unsere Straßen, Wege und Plätze präsentieren. Hier leistet unsere ASF Tag für Tag und Nacht für Nacht eine hervorragende Arbeit sowohl in der Straßenreinigung als auch in der Abfallentsorgung.

Ein Schwerpunkt der Investitionstätigkeit unserer ASF ist in 2009/2010 die laufende Teil-Erneuerung des umfangreichen Fuhrparks unter ökonomischen und ökologischen Aspekten. Es werden auch permanent weitere Möglichkeiten untersucht, durch Investitionen in neue Technologien noch stärker an der gesamten Wertschöpfungskette zu partizipieren, wie z.B. durch die Nutzung von Biogas. Von besonderer Bedeutung ist das geplante Projekt einer Biogasanlage auf der Deponie Eichelbuck. Daneben ist ein weiterer Schwerpunkt die Instandhaltung der Deponie Eichelbuck mit den umfangreichen planmäßigen Rekultivierungsmaßnahmen. Im derzeitigen Blickpunkt steht die Oberflächenabdichtung des Deponiekörpers. Die ASF hat einen Umsatz von jährlich nahezu 30 Mio. Euro und investiert rd. 4 Mio. Euro pro Jahr.

Im Weiteren verweise ich hier auf den Beteiligungsbericht mit den Wirtschaftszahlen und Jahresberichten, dessen Entwurf für 2008 gerade in der Stadtkämmerei erarbeitet wird. Anfang Dezember, also noch vor der Verabschiedung des Haushalts, wird Gelegenheit für den Gemeinderat sein, die Situation aller Gesellschaften ausführlich zu diskutieren. Es ist schon eindrucksvoll, was und wo wir in den nächsten zwei Jahren in dieser Stadt sanieren und investieren.

Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen

In unseren Gesellschaften ist die doppelte Buchführung selbstverständlich. Sie soll nun auch für den Haushalt der Stadt eingeführt werden. Damit wird der kameralistische Haushalt, wie er Ihnen heute als Entwurf vorliegt, zu einem Auslaufmodell. Wir müssen uns mit dem Gedanken vertraut machen, dass in einigen Jahren – spätestens nach dem Doppelhaushalt 2013/2014 an seine Stelle die „kommunale Doppik“ treten wird. Das ist die Bezeichnung für eine neue kommunale doppelte Buchführung, die in Baden-Württemberg NKHR heißt (Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen). Es soll eine Darstellung von Ressourcenertrag und -verbrauch mit einer voll integrierten Finanzrechnung verbinden. Wie in privaten Unternehmen wird es also einen städtischen Jahresabschluss geben, der sich aus Bilanz, Ergebnisrechnung und Anhang zusammensetzt: Die Bilanz stellt das Vermögen und das Kapital in Form von Eigenkapital und Schulden der Kommunen gegenüber, wobei Veränderungen durch die Vorjahreszahlen auf beiden Seiten der Bilanz sichtbar werden. Ergebnisrechnung und Anhang sind ergänzend zur Bilanz eine weitergehende Dokumentation, in der Erträge und Aufwendungen erfasst werden statt wie bisher Einnahmen und Ausgaben. Neben dem Jahresabschluss

wird eine Finanzrechnung vorgelegt, die die Zahlungsströme abbilden wird. Und schließlich wird das Ganze durch eine auf der Doppik basierende Kosten- und Leistungsrechnung abgerundet.

Nach den Vorstellungen des Innenministeriums soll das Gesetz zum neuen Haushaltsrecht noch in diesem Jahr im Landtag beraten werden, mit einem Umstellungszeitraum bis ca. Mitte des kommenden Jahrzehnts. Meine Damen und Herren, dazwischen liegen noch zwei Kommunalwahlen, so dass dieses Thema in der praktischen Umsetzung voraussichtlich erst den übernächsten Gemeinderat berühren wird.

Ich kann Ihnen jetzt schon versprechen, dass der Aufwand für die Umstellung in der Verwaltung beträchtlich sein wird. Wir müssen effektive Projektmanagementstrukturen schaffen und brauchen dazu IT-Unterstützung. Nach den bereits begonnenen Vorarbeiten werden wir im kommenden Jahr intensiver in die Projektarbeit einsteigen und unsere Vorstellungen den Gremien präsentieren, um auch Gemeinderat und Bürgerschaft in den Umstellungsprozess einzubeziehen.

Ich bedauere sehr, dass beim neuen Haushaltsrecht derzeit jedes Bundesland einen eigenen Weg mit unterschiedlichen Rechtsrahmen und unterschiedlichen Umsetzungszeiträumen geht. Bei allem Respekt vor den föderalen Strukturen: Der gewünschte kommunale Quervergleich wird damit nicht leichter, sobald er über die Ländergrenzen hinaus gehen soll. Heute muss uns diese Diskussion noch nicht belasten, sondern dieser Haushalt und gewiss auch noch der nächste wird ein kameralistischer Haushalt sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich zur letzten Darstellung komme, möchte ich auch im Namen des Oberbürgermeisters all denen danken, die im Vorfeld an diesem Entwurf mitgearbeitet haben. Herrn Nußbaumer und dem gesamten Team der Stadtkämmerei, Frau Krehl vom OB-Büro und Herrn Preker, Herrn Gutgsell und Frau Schonhard von meinem Büro für die Unterstützung bei der Vorbereitung und der Präsentation unserer Reden. Und wir möchten vorab allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Hauses danken, die mit dem gesamten Bürgermeisteramt dieses Zahlenwerk in den Jahren 2009 und 2010 umsetzen in konkrete Maßnahmen. Wir glauben – nein, wir sind sicher -, dass wir mit diesem Entwurf ein ganz entscheidendes Stück weiterkommen in der Werterhaltung unserer Infrastruktur und in der Verbesserung der Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt.

„Es muss bergab gehen, damit es weiter aufwärts geht...“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten Monaten viel über das Thema „Masterplan“ gesprochen, viel über das Thema Entschuldung und was noch viel wichtiger ist, wir haben nicht nur darüber gesprochen, sondern wir haben dies umsetzen können.

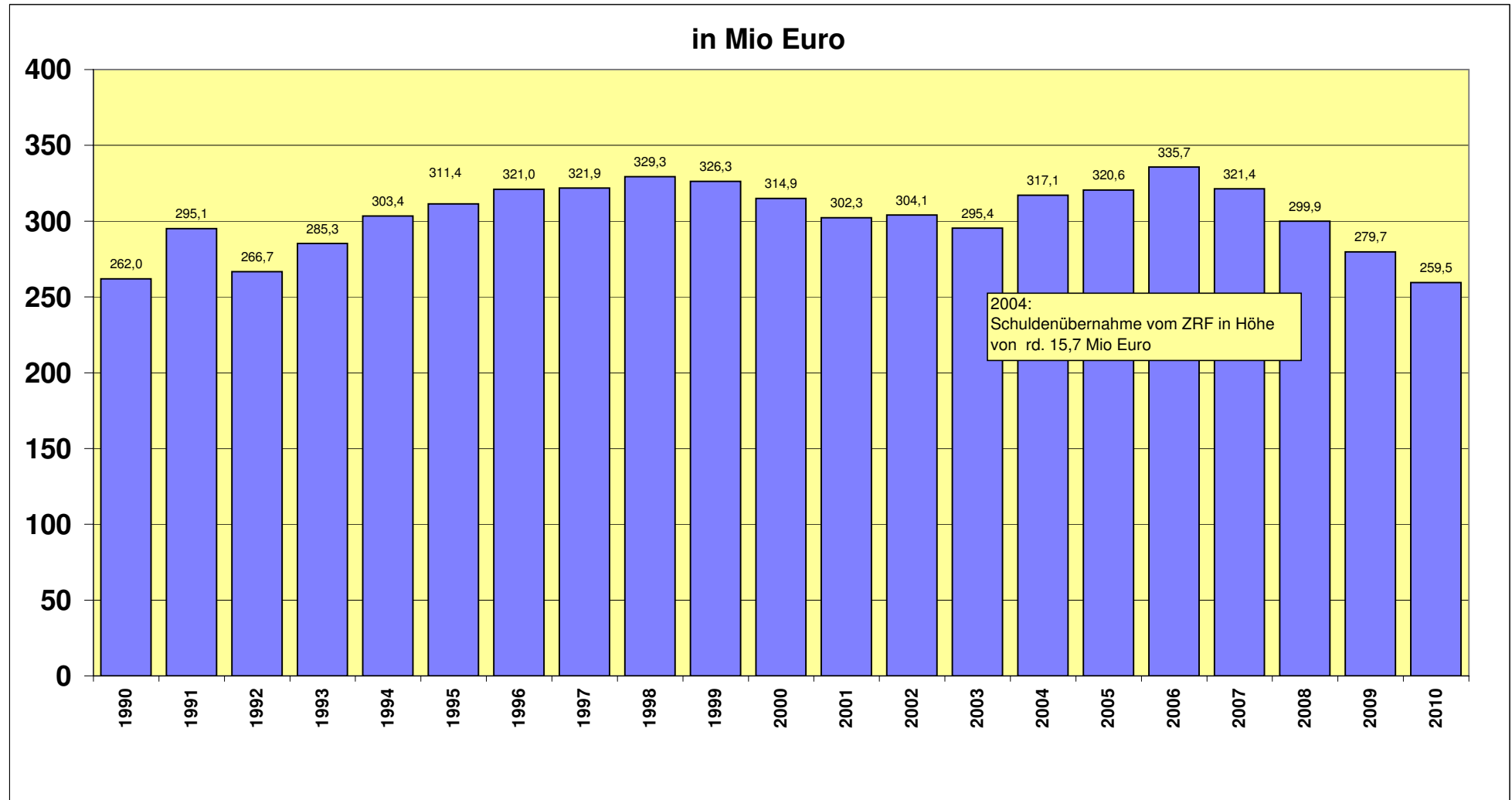
Sie haben heute in den letzten 1,5 Stunden viele Zahlen gehört, zu denen uns persönlich und individuell hier und da natürlich eine entsprechende Vorstellungskraft fehlt. Ich habe daher als letztes Bild heute eine Darstellung gewählt, die Ihnen allen vertraut ist, nämlich unseren Schauinsland. Wenn wir den Ausgangspunkt unserer Verschuldung mit rund 336 Mio. Euro in 2006 gleichsetzen mit dem Gipfel unseres Schauinslands, dann werden wir nach den heutigen Entwurfszahlen bis zum Ende 2010 die Holzschlägermatte erreicht haben. Aber wer diese Strecke jemals gewandert ist, weiß, dass es bis zum Münsterplatz noch eine erhebliche Strecke ist. Wenn wir also in diesem Tempo (20 Mio. Euro Entschuldung pro Jahr) auf diesem Weg, den wir in den letzten Jahren eingeschlagen haben, weitermarschieren, werden wir im Jahre 2017 den Schlossberg und im Jahre 2020 den Münsterplatz erreicht haben. 2023 wären wir dann auf Meereshöhe. Und anders als beim Wandern ist bei der Entschuldung der Weg vom Schuldenberg runter wesentlich mühsamer als die Strecke hinauf. Aber ich finde, dass es wirklich des Schweißes und der Mühen Wert ist, mit viel politischer Disziplin diesen Weg weiterzugehen und sich im wahren Sinne des Wortes bergab zu bemühen, denn wenn man diesen Berg hinter sich lässt, kommt man in eine wirklich tolle Stadt mit Zukunft.

Anlagen

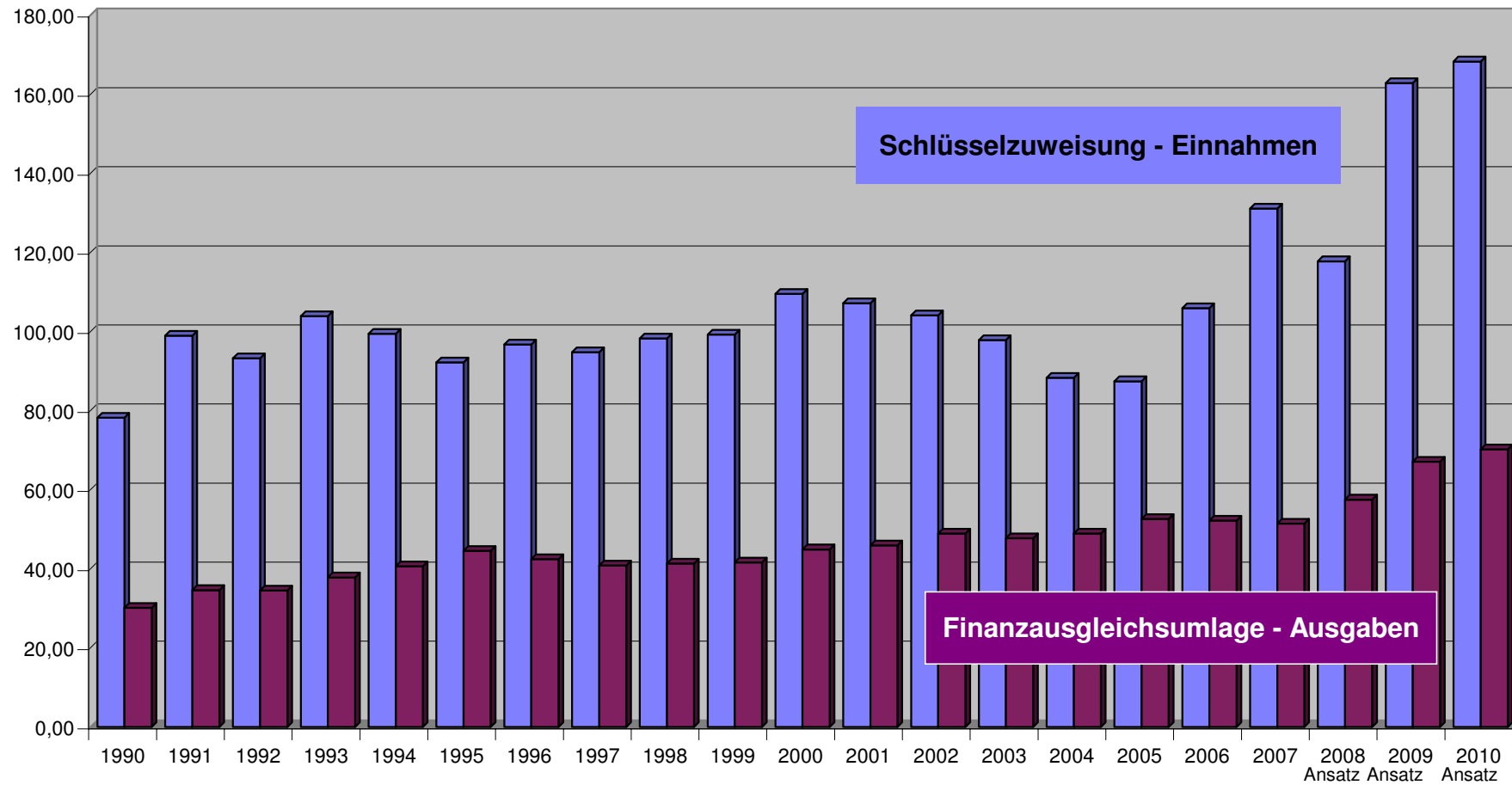
1. Entwicklung des Schuldenstandes von 1990 - 2010
2. Schlüsselzuweisungen und Finanzausgleichsumlage
- 3a. Arbeitslosenquote in der Region (Stand Juli 2008)
- 3b. Arbeitslosenquote Region und Bundesländer (Stand Juli 2008)
4. Investitionen im Bereich Schulen
- 5a. Kinderbetreuung
- 5b. Schulkindbetreuung
- 6a. Sachstand Stadtbahnprojekte
- 6b. Investitionen im Bereich Stadtbahnen
7. Klimaschutz in Freiburg: Beschlüsse 2007 und 2008
8. Bauprojekte 2007-2011
9. Wohnraumförderung bisher - künftig
10. Sanierung und Neukonzeption Augustinermuseum
- 11a. Entwicklung der Personalstellen von 2000 bis 2010 (Tabelle)
- 11b. Entwicklung der Personalstellen von 2000 bis 2010 (Diagramm)
- 12a. Entwicklung der Personalkosten von 2000 bis 2010 (Tabelle)
- 12b. Entwicklung der Personalkosten von 2000 bis 2010 (Diagramm)
13. Ablauf des geschlechtersensiblen Beteiligungshaushalts Freiburg 2009/2010
14. Eckwerteberechnung Doppelhaushalt 2009/2010
15. Entwicklung der Eckwerte des Haushalts
16. Entwicklung wichtiger Steuern und des Finanzausgleichs
17. Entwicklung der Gewerbesteuer
18. Vergleich der Gewerbesteuer in Stadtkreisen
19. Wichtige Investitionen (ohne Schulen)

20. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
21. Zuschussbedarf Kultur
22. Reinaufwand im Sozialbereich von 2000-2010
23. Steigerung der Energiekosten
24. Umsatzerlöse bei einzelnen städtischen Gesellschaften
25. Ausgaben für Investitionen und Aufwendungen für Instandhaltungen bei einzelnen städtischen Gesellschaften

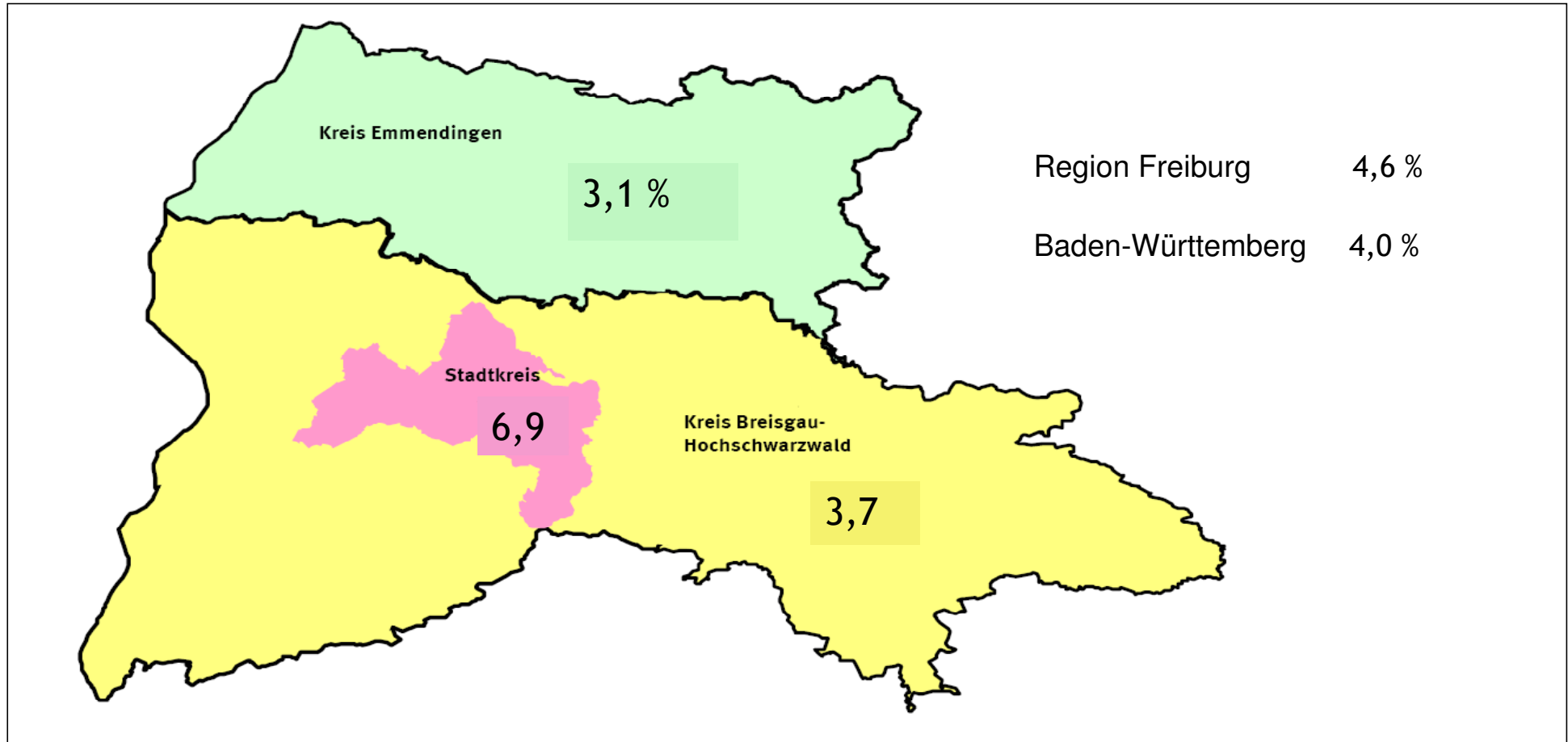
Entwicklung des Schuldenstandes von 1990 - 2010



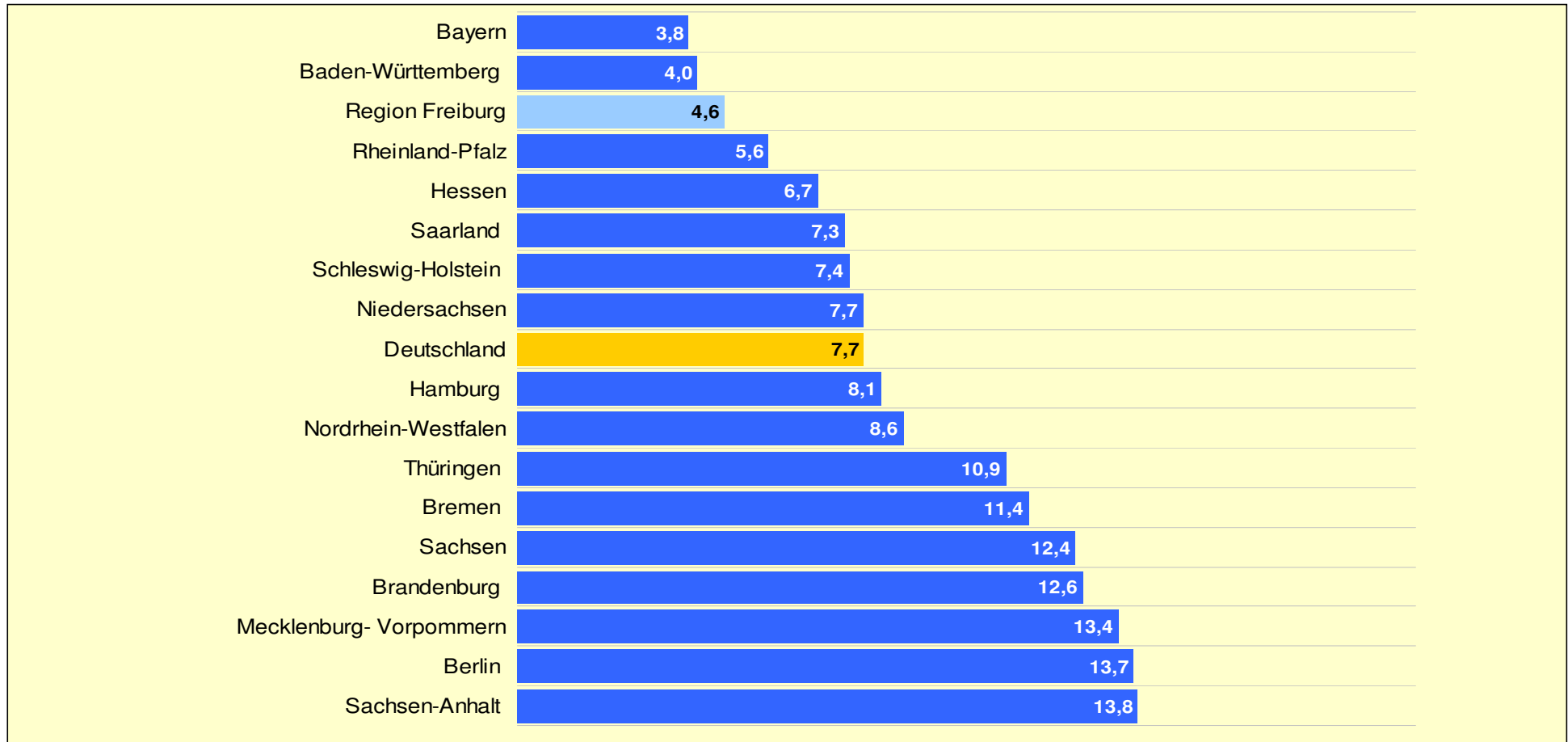
Schlüsselzuweisungen und Finanzausgleichsumlage in Mio. Euro



Arbeitslosenquote in der Region (Stand Juli 2008)



Arbeitslosenquote Region und Bundesländer (Stand Juli 2008)



Investitionen im Bereich Schulen (Einzelplan 2) in Euro

Maßnahme	Haushaltsansatz 2010			Haushaltsansatz 2009		
	Ausgaben	Zuschüsse	Netto	Ausgaben	Zuschüsse	Netto
Neubau Feyel-Schule Ebnet	210.000	100.000	110.000	1.685.000	230.000	1.455.000
Pauschale Altbauschulsanierung	800.000	0	800.000	800.000	0	800.000
Sanierung Lessingschulen	0	0	0	185.000	0	185.000
Sanierung Droste-Hülshoff-Gymnasium	46.440	0	46.440	856.200	98.000	758.200
Sanierung Rotteck-Gymnasium einschl. Turnhalle	4.140.000	0	4.140.000	3.550.000	0	3.550.000
Sanierung Theodor-Heuss-Gymnasium	1.800.000	0	1.800.000	750.000	0	750.000
Wentzinger-Schulen (Sanierung bzw. Ganztageszug)	5.390.000	0	5.390.000	4.368.560	427.000	3.941.560
Walther-Rathenau-/Richard-Fehrenbach Gewerbesch.	0	0	0	950.000	0	950.000
Sanierung Max-Weber-Schule	0	0	0	1.000.000	0	1.000.000
Sanierung / Erweiterung Merianschule	1.300.000	500.000	800.000	1.800.000	0	1.800.000
Sanierung Staudinger-Gesamtschule	800.000	0	800.000	0	0	0
Maßnahmen in vorhandenen Einrichtungen	2.622.180	0	2.622.180	3.059.190	0	3.059.190
Summe	17.108.620	600.000	16.508.620	19.003.950	755.000	18.248.950

Kinderbetreuung

ca. **8400** Plätze in rund **160 Einrichtungen** (Krippen, Kindertagesstätten, Horte)

	2009	2010
Gesamt	30 Mio €	31 Mio €
davon für städtische Einrichtungen	6,8 Mio €	7,0 Mio €
davon Zuschüsse an freie Träger	20,2 Mio €	20,9 Mio €
davon Übernahme von Elternbeiträgen	3 Mio €	3,1 Mio €

Ausgaben Mittagstisch für einkommensschwache Familien

0,5 Mio €

0,5 Mio €

Schulkindbetreuung

Ca. **5.230** SchülerInnen (Stand 2007) der allgemeinbildenden Schulen nutzen die Angebote der **Schulkindbetreuung**

	2009	2010
Betreuungsangebote Ausgaben	2.785.226 €	2.814.365 €
Einnahmen (Elternbeiträge)	1.036.400 €	1.036.400 €
Gesamtzuschussbedarf	1.748.826 €	1.777.965 €

Ausgaben Mittagstisch für einkommensschwache Familien 504.740 € 493.380 €

Jugendschulsozialarbeit an Schulen rd. 300.000 € 350.000 €

Sachstand Stadtbahnprojekte

Der Ausbau des Stadtbahnnetzes wird weiter vorangetrieben!



Projekte 2010 - 2018	Baubeginn vorauss.	Inbetriebnahme vorauss.	Gesamtkosten Mio €
Stadtbahnverlängerung Zähringen	IV.Quartal 2011	Anfang 2014	24,6
Stadtbahn Messe BA 1	II. Quartal 2012	Mitte 2015	28,0
Stadtbahn Rotteckring	IV.Quartal 2011	II. Quartal 2015	29,5
Stadtbahn Gundelfingen	IV.Quartal 2015	IV.Quartal 2018	24,0
Stadtbahnverlängerung Littenweiler	II. Quartal 2016	II. Quartal 2018	15,4
SUMME			121,5

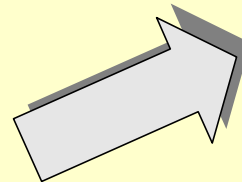
Investitionen im Bereich Stadtbahnen in Euro

Maßnahme	Haushaltsansatz 2010			Haushaltsansatz 2009		
	Ausgaben	Zuschüsse	Netto	Ausgaben	Zuschüsse	Netto
Planung von Stadtbahnprojekten:						
Stadtbahn Zähringen	0	0	0	160.000	160.000	0
Stadtbahn Neue Messe	100.000	0	100.000	100.000	0	100.000
Stadtb. Kronen-/Werthmannstr./Rotteck-/Friedrichring	25.000	0	25.000	350.000	0	350.000
Stadtbahn Habsburger Straße - Komturplatz	157.000	157.000	0	125.000	125.000	0
Stadtbahn Schwarzwaldstraße	70.000	70.000	0	0	0	0
Folgemaßnahmen:						
Breisgau-S-Bahn	130.000	98.000	32.000	130.000	98.000	32.000
Umgestaltung und Sanierung Schwarzwaldstraße	700.000	0	700.000	20.000	0	20.000
Umgestaltung Rotteck-, Friedrichring, Werthmannstr.	300.000	0	300.000	350.000	0	350.000
Kanal- und Gleissanierung Günterstalstraße	0	0	0	135.000	0	135.000
Habsburger Straße	450.000	0	450.000	400.000	0	400.000
Breisgau-S-Bahn (Investitionsumlage an ZRF)	2.002.000	0	2.002.000	1.819.000	0	1.819.000
Summe	3.934.000	325.000	3.609.000	3.589.000	383.000	3.206.000

Quelle: Stadtkämmerei, Stand. 10.09.2008

Klimaschutz in Freiburg : Beschlüsse 2007

Ziel 1996:
25 %
CO₂-Reduktion
(bis 2010)



Neues Ziel 2007:
40 %
CO₂-Reduktion
(bis 2030)

Ab 2008:

jährlich 10 % der Konzessionsabgabe (derzeit rd. 1,2 Mio Euro/Jahr) für zusätzliche städtische Klimaschutzprojekte, vor allem im investiven Bereich.

und zusätzlich:

1,5 Mio Euro/Jahr aus Steuermehreinnahmen für energetische Sanierungen im Bereich Gebäudemanagement.

Klimaschutz in Freiburg : Beschlüsse 2007

- **Umsetzung städtischer Klimaschutzprojekte** in den nächsten 2 Jahren für Bereiche mit
 - hoher Priorität
 - erheblichem Einsparpotenzial
 - besonders günstigem Kosten-/Nutzenverhältnis:

- **Städtischer Gebäudebestand** (Passivbau Wentzinger-Schule; Intracting, energetische Sanierung)
- **Bauleitplanung** (städtebauliche Instrumente, Energieberatung, Bürgerzentrum Bauen)
- **Verkehr** (energiesparende Straßenbeleuchtung; Umstellung städtischer Fuhrpark)
- **Private Haushalte, Wohnungswirtschaft, Gewerbe** (Fortschreibung des Altbau-Förderprogramms "Energiebewußt Sanieren", Strategieplan Kraft-Wärme-Kopplung)
- **Kommunikation** (Freiburger CO²- Diät, "Nachhaltigkeit als Lebenskunst", Klimakampagne "CO²libri")

Klimaschutz in Freiburg : Beschlüsse 2008

Stufenplan zur Fortschreibung der energetischen Standards für Neubauten mit überwiegender Wohnnutzung

	1. Stufe 01.01.2009-31.12.2010	2. Stufe ab 01.01.2011
Städtische Wohnungsneubauten (FSB) und öffentliche Gebäude mit überwiegender Büronutzung (GMF)	Passivhaus ^{1]}	Passivhaus
Neubauten mit überwiegender Wohnnutzung auf städtischen Grundstücken ((Kaufvertrag)	Passivhaus-Dämmstandard NEH 2009	Passivhaus
Neubauten mit überwiegender Wohnnutzung auf privaten Grundstücken in neuen Bebauungsplänen ^{2]} (städtebaulicher Vertrag)	KfW 40 -Standard	Passivhaus-Dämmstandard NEH 2009
Neubauten auf privaten Grundstücken nach § 30 BauGB in bestehenden Bebauungsplänen	Im Bebauungsplan jeweils festgelegter bzw. geltender gesetzlicher Standard, Angebot einer frühzeitigen eingehenden Beratung	
Neubauten auf privaten Grundstücken nach § 34 BauGB im unbeplanten Innenbereich und nach § 35 BauGB im Außenbereich	Geltender gesetzlicher Standard, Angebot einer frühzeitigen eingehenden Beratung	

^{1]} Im Wohnungsbau (FSB) zumindest bei Eigentumsmaßnahmen; öffentlich geförderter Mietwohnungsbau als Passivhaus nur bei Landesförderung realisierbar

^{2]} Bebauungspläne, deren Offenlagebeschluss nach dem jeweiligen Stichtag gefasst wird.

Bauprojekte 2007 - 2010

Wohnbauprojekte im Bau

	Stadtteil	Bebauungsplan	Plan-Nr.	Rechtskraft	WE (ca.)	Realisierung
1	Rieselfeld	Rieselfeld (5 Teilbebauungspläne)	6.122 ff.	1995-2008	550 (ings. 5000)	bis 2012
2	Vauban	Vauban (bisher 5 Bebauungsplanänderungen)	6.130 ff.	1998-2008	250 (insg. 2000)	bis 2010
3	Opfingen	Alter Sportplatz Fänchelen	6-139	15.10.2005	300	2008-2010
4	St. Georgen	Innere Elben	6-139	08.07.2006	300	2008-2010
5	Ebnet	Hornbühlstraße / Kreuzäcker	3-071	14.04.2007	100	2008-2009
6	Zähringen	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nutzungsänderung Zähringer Straße/Rastatter Straße	2-006	26.05.2007	210	2008-2010
7	Weingarten	6. Änderung des Bebauungsplans Weingarten	6-008	07.07.2007	70	2007-2010
8	Munzingen	Hinterm Weiher III	6-137	13.10.2007	80	2009-2010
9	Haslach	Bettackerstraße	6-150	13.10.2007	200	2007-2010
10	Haslach	Alt-Haslach Nord	6-148	08.12.2007	100	2008-2009
11	Oberau	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 2. Änderung des Bebauungsplans Nördlich Kartäuserstraße	4-047b	26.04.2008	120	2009-2010
12	Brühl- Beurbarung	Ehemaliger VAG- Betriebshof-Nord	2-091	05.07.2008	210	2009-2010
				Summe:	ca. 2.500	

Bauprojekte 2008 - 2011

Wohnbauprojekte in Vorbereitung

	Stadtteil	Projekt / Bebauungsplan	Plan-Nr.	Satzungs-beschluss	WE (ca.)
1	Mooswald	Berliner Allee	5-099	2008/2009	300
2	Herdern	Vordere Steige	2-081	2008/2009	30
3	St. Georgen	Hofacker-Gottmersmatten	6-113	2008/2009	130
4	Ebnet	Alter Sportplatz Ebnet	3-076	2009	30
5	Hochdorf	Fuhrmannsgasse	2-097	2009	50
6	Mooswald	Südlich Elsässer Straße (Hüttinger)	5-094	2010	200
7	Munzingen	Kurzacker	6-153	2010	40
8	Günterstal	Forstwissenschaftliche Lehranstalt	4-076	2010	50
9	Tiengen	Sechzehn Jauchert	6-135	2010	110
10	Wiehre	Östlich Merzhauser Straße	4-051	2010/2011	60
11	Haslach	Gutleutmatten	6-154 6-155	2010/2011	500
				Summe	1.500
Quelle: Referat für Stadtentwicklung und Bauen, Stand: August 2008					

Bauprojekte 2007 - 2010

Gewerbeprojekte im Bau

	Stadtteil	Projekt	Bebauungsplan	Plan-Nr.	Rechtskraft	BGF/ca.	Investitions- volumen/ca.	Fertig- stellung
1	Stühlinger	Wentzinger Hof	VEP Wentzingerstraße	1-058	13.05.2006	11.000	18 Mio. €*	2007/2008
2	Innenstadt	X-Press am Bahnhof	Schnewlinstraße	1-057	08.07.2006	18.000	50 Mio. €	2008
3	Brühl-Beur- barung	Umbau Zollhallen- gebäude	Güterbahnhof	2-089	Offenlage- beschluss 22.07.2008	6.000	8 Mio.€	2009
4	Mooswald	Elsässer Hof	VEP Berliner Allee/Ecke Elsässer Straße	5-032e	26.11.2005	16.000	20 Mio. €* (inkl. Wohnungsbau)	2007/2009
							* nach Angaben des Investors	

Bauprojekte 2009 - 2011

Gewerbeprojekte in Vorbereitung

	Stadtteil	Projekt	Bebauungsplan	Plan-Nr.	Satzungs- beschluss	BGF/ca.	Investitions- volumen/ca.	Fertig- stellung
1	Brühl-Beur- barung	Möbelhaus XXXLutz	1. Änderung des 2. Teilbebauungsplans Flugplatz Neue Messe und Grüne Mitte	1-057	05.07.2008	30.000	25 Mio. €	2009/2010
2	Stühlinger	Stühlinger Gewerbehof	3. Änderung des Bebauungsplans Südliche Klarastraße	5-87c	05.07.2008	4.000	9 Mio. €	2009
3	Innenstadt	Quartier Unterlinden	BAKOLA	1-063	2008/2009	24.000	60 Mio. €*	2009/2011
4	Innenstadt	Hotel mit Schrägaufzug	Hotel am Schlossberg	1-064	2008	3.500	6 Mio. €	2009/2010
5	Mooswald	Westarkaden	Berliner Allee	5-099	2008/2009	54.000	120 Mio. €* (inkl. Wohnungsbau)	2009/2011
							* nach Angaben des Investors	

Quelle: Referat für Stadtentwicklung und Bauen, Stand: August 2008

Wohnraumförderung - bisher

Zielgruppe

Haushalte mit niedrigem Einkommen. Sie sind von hohen Durchschnittsmieten und schnell steigenden Nebenkosten für Heizung und Warmwasser stark betroffen und wenden einen hohen Anteil ihres Einkommens für Wohnen auf.

Maßnahmen 1997-2006 (2007/08 keine Fördermittel des Landes)

Mit rund 86 Mio. € Fördermittel entstanden 1.100 neue Wohnungen im Segment preiswerter Wohnraum. Die Stadt selbst steuert für diesen Zeitraum eigene 9 Millionen für die Mietwohnraumförderung zu.

Allein im Jahr 2006 flossen 25,4 Mio. Fördermittel (Zinszuschüsse/ Wohnraum, Belegungsrechte, Subjektförderung etc.) in Freiburger Projekte.

Erfolge

Spitzenplatz beim Städtevergleich zum „Wohnversorgungsgrad“ mit belegungsgebundenen Wohnungen (Stand 2007).

Mietpreisentwicklung in Freiburg verläuft unter der Steigerung in ganz Baden- Württemberg.

Wohnraumförderung - künftig

Grundstücksermäßigung:

Wer von der Stadt ein Baugrundstück erwirbt, um darauf preisgünstige Wohnungen zu bauen, bekommt das Grundstück mit einem Preisnachlass von 20 %. Die Stadt erwirbt im Gegenzug Belegungsrechte.

Erbbauzinsermäßigungen:

Ähnlich wie beim Kauf werden erhebliche Erbbauzins-Nachlässe gewährt (statt regulär 4 % auf 1 % des Grundstückswertes), wenn geförderte Wohnungen errichtet werden.

Städtebauliche Verträge:

Wenn durch die Stadtplanung ein Acker oder eine Wiese zu Bauland wird, hat der Eigentümer in der Regel einen Planungsgewinn durch Wertsteigerung. Ein Baustein der Verträge ist die Realisierung von gefördertem und preiswertem Wohnraum. Entweder verpflichten sich die Eigentümer, beim Wohnungsbau 30 % der Wohnfläche für Mieter/-innen mit niedrigem Einkommen zu reservieren oder treten 5 bis 10 % der Fläche an die Stadt ab.

Aufstockung der Finanzplanung der FSB um 5 Mio € pro Jahr:

Bis zum Jahr 2010 werden über die mittelfristige Finanzplanung 2009/10 hinaus jeweils weitere 5 Millionen € in den Bau neuer preisgünstiger Wohnungen sowie in die Sanierung des Gebäudebestandes investiert.

Reduzierung des Kaufes städtischer Erbbaugrundstücke um 10 Mio. und Reinvestition dieser

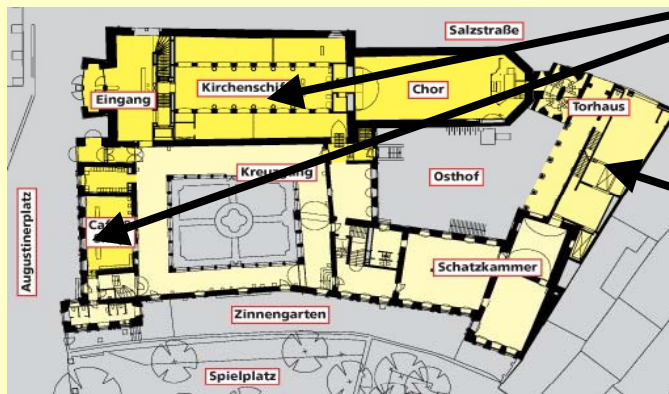
Summe:

Der mit der Stadtbau GmbH für 2008 bis 2010 vereinbarte Kauf städtischer Erbbaugrundstücke wird um 10 Millionen € reduziert. Die so bei der Stadtbau verbleibenden Mittel sind für den geförderten Mietwohnungsbau/Sanierung des Bestandes zu verwenden.

Museumsentwicklungsplan: Sanierung und Neukonzeption Augustinermuseum

Mittelbereitstellung im Haushalt 2009/2010:

	2009	2010	VE 2009/2010
Restabwicklung I. BA	500.000 €		
Planung und Bau II. BA		1.300.000 €	2.000.000 €
Fördermittel	1.000.000 €	431.300 €	



I. Bauabschnitt
 Gesamtbauaufwand: 13,310 Mio €
 Bauliche Fertigstellung Mitte 2009,
 anschl. Einrichtung
 Eröffnung Anfang 2010

II. Bauabschnitt
 Gesamtbauaufwand (inkl. Projektsteuerung/
 Controlling, ohne Gebäude „Elektro Häuser“):
 4,592 Mio €*
 Baubeginn 2010

* Preisstand 2005 inkl. MwSt.-Erhöhung 2007

Entwicklung der Personalstellen von 2000 bis 2010

zum jeweiligen Stand Beschlussfassung des Stellenplanes

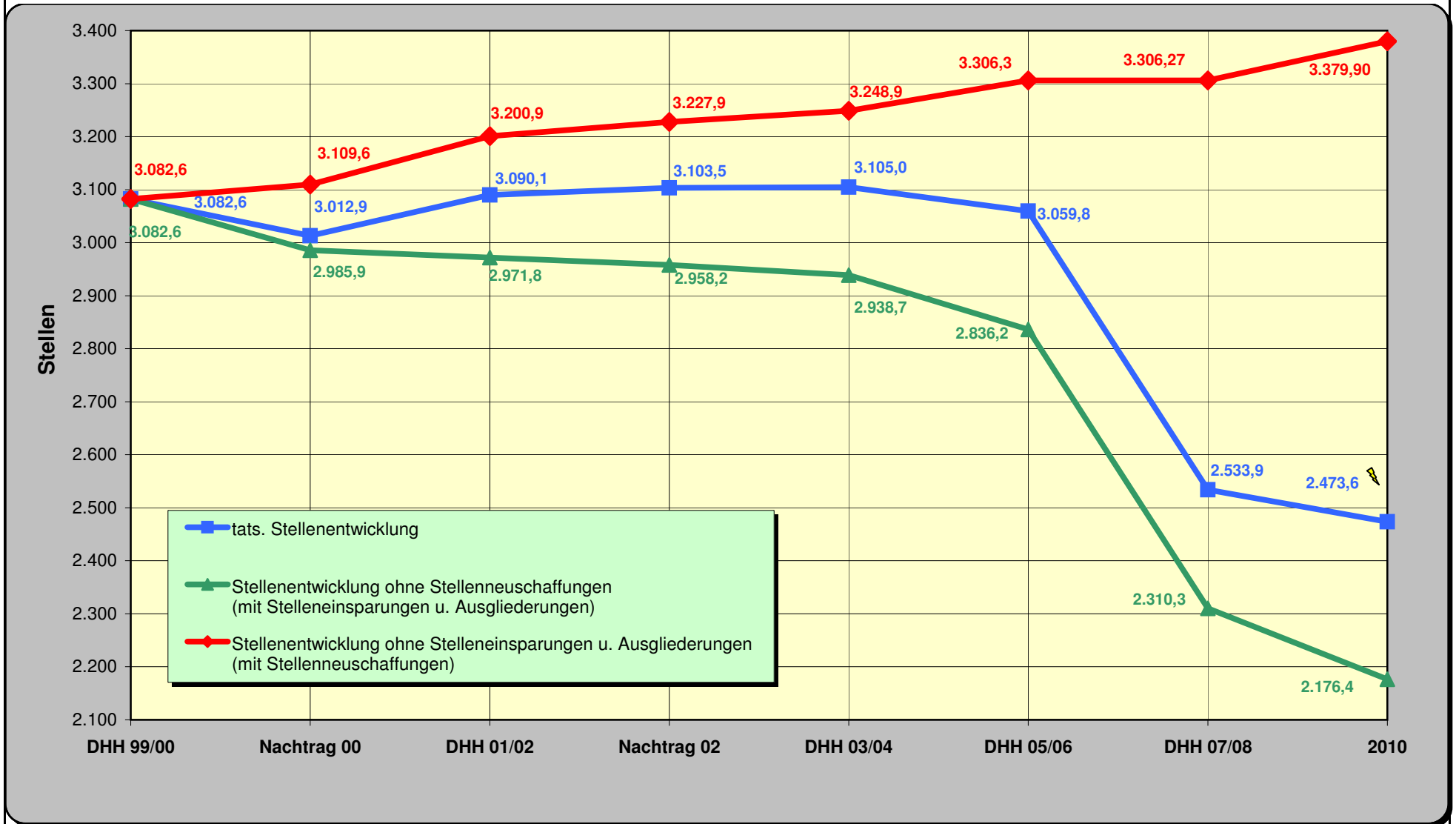
Zahl der im Haushalt finanzierten Stellen einschl. Personalreserve ohne Eigenbetriebe (incl. Stellenneuschaffungen)

Doppelhaushalt / Nachtrag	Stellenneuschaffungen		Stellenveränderung durch Ausgliederung und Privatisierung		Stellen- einsparungen	Anrechnung	Anzahl Stellen
DHH 99/00							3.082,6
Nachtrag 00	27,00		-78,00	zur ASF	-18,70		3.012,9
DHH 01/02	91,30		-6,00	zur ASF	-8,10		3.090,1
Nachtrag 02	26,97		0,00		-13,60		3.103,5
Summe 2000 - 2002	145,27		-84,00		-40,40		3.103,5
DHH 03/04	21,00	vom EBF			-3,20	Rückabwicklung von Stellenneu- schaffungen	3.105,0
					-16,30		
DHH 05/06	18,10		-2,00	zum EBF	-100,50	für 5,5%	
	39,30	durch Verwaltungs-reform B.-W.					3.059,8
Zwischenergebnis 2006	78,40		-2,00		-120,00		3.059,8
DHH 07/08			-381,56	zum EB Theater	-1,42	Rückabwicklung von Stellenneu- schaffungen	
			-53,50	Ausgliederung Bäder	-89,38		2.533,9
Zwischenergebnis 2008	0,00		-435,06		-90,80		2.533,9
Entwurf Stellenplan DHH 09/10	5,00	Ausbildungsoffensive					
	38,00	Dezern.übergreifend (Nachwuchsoffensive/Personalreserve ohne Budget)					
	30,63	einzelne Stellenanträge			-63,90	im DHH 2009/10	2.543,6
Zeitraum bis Ende 2010					-70,00	u.a. Umsetzung 3+3 Mio. Vorgabe	2.473,6
Zwischenergebnis 2010	73,63				-133,90		2.473,6
Summe 2003 - 2010:	152,03		-437,06		-344,70		-629,7
Gesamtsumme 2000 - 2010:	297,30		-521,06		-385,10		-608,9

Quelle: HPA Stand 09.09.2008

Entwicklung der Personalstellen vom Doppelhaushalt 1999/2000 bis 2010

(incl. Ausblick 2011/2012)

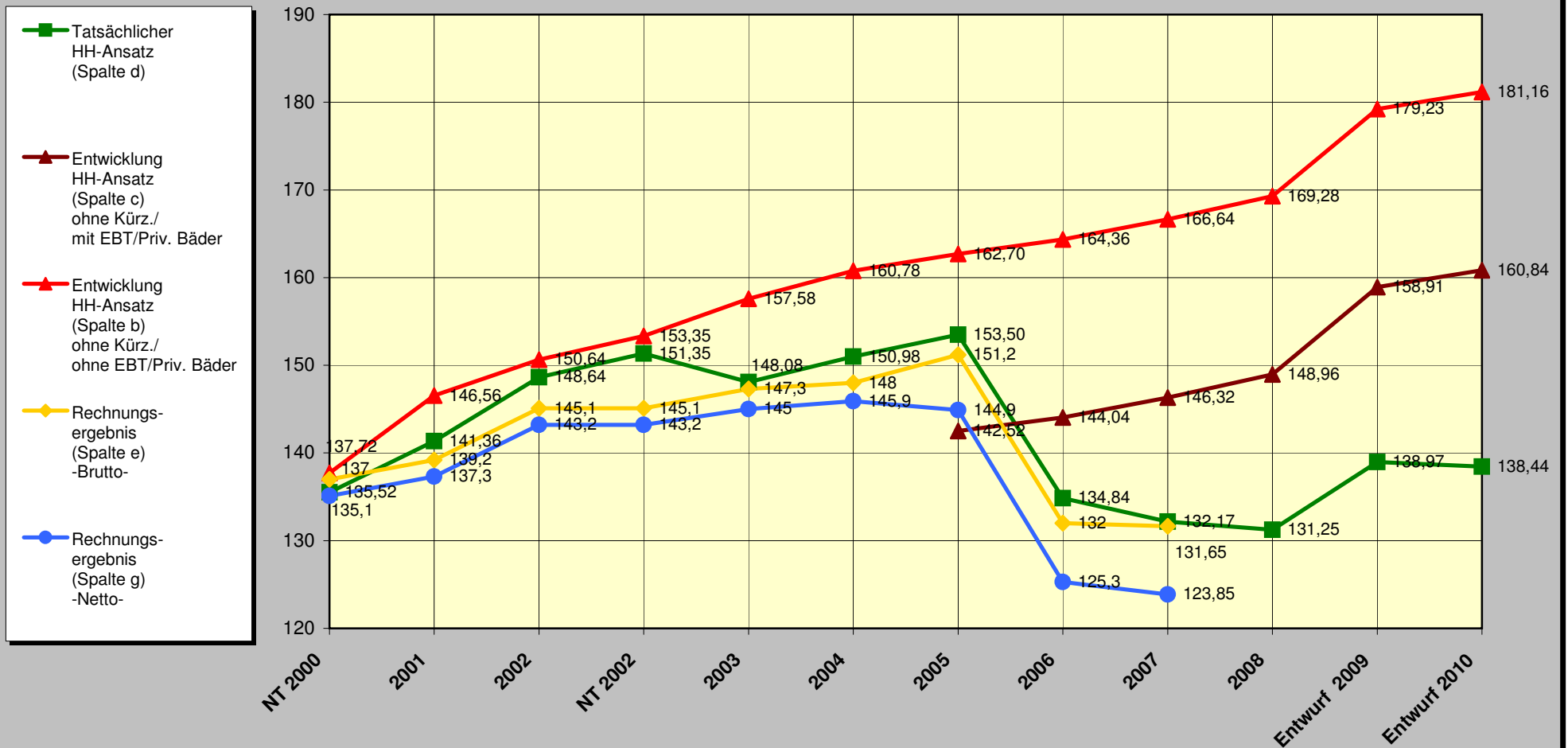


Entwicklung der Personalkosten von 2000 bis 2010 in Mio. €

HH-Jahr	Tarif- erhöhung in % bezogen auf das jeweilige HH-Jahr	Entwicklung HH-Ansatz Wenn keine PK-Kürzungen und keine Ausgliederungen / Privatisierungen (EigB Theater / Sport-Bäder-Bereich) vorgenommen worden wären. -Brutto-	Entwicklung HH-Ansatz Wenn keine PK-Kürzungen vorgenommen worden wären, Ausgliederungen / Privatisierungen (EigB Theater / Sport-Bäder-Bereich) aber stattgefunden hätten. -Brutto-	Tatsächlicher HH-Ansatz Mit PK-Kürzungen und mit vollzogenen Ausgliederungen / Privatisierungen -Brutto-	Rechnungs- ergebnis -Brutto-	Personal- kosten- ersätze	Rechnungs- ergebnis nach Abzug der Personalkosten- ersätze -Netto-
Spalte	a)	b)	c)	d)	e)	f)	g)
NT 2000	2,0%	137,72		135,52	137,00	1,9	135,10
2001	2,4%	146,56		141,36	139,20	1,9	137,30
2002	0,0%	150,64		148,64	145,10	1,9	143,20
NT 2002	0,0%	153,35		151,35	145,10	1,9	143,20
2003	2,4%	157,58		148,08	147,30	2,3	145,00
2004	2,0%	160,78		150,98	148,00	2,1	145,90
2005	0,6%	162,70	142,52	153,50	151,20	6,3	144,90
2006	0,5%	164,36	144,04	134,84	132,00	6,7	125,30
2007	0,5%	166,64	146,32	132,17	131,65	7,8	123,85
2008	3,2%	169,28	148,96	131,25			
2009 Entwurf	6,2%	179,23	158,91	138,97			
2010 Entwurf	10,3%*	181,16	160,84	138,44			

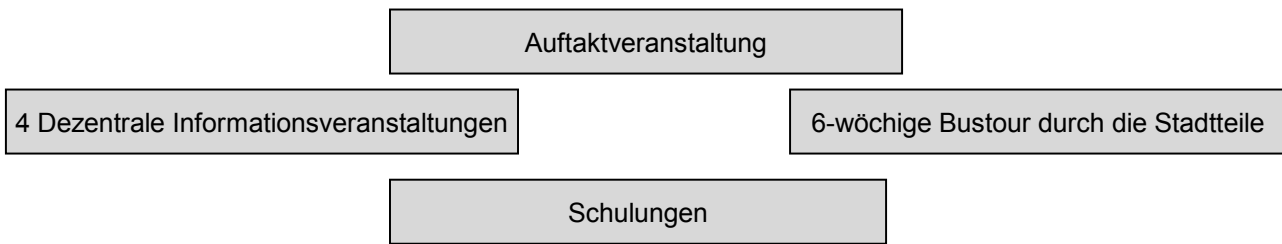
* 7,8% durch tatsächliche Tarifierhöhungen und weitere 2,5% für prognostizierte Tarifierhöhungen

Entwicklung der Personalkosten von 2000 bis 2010 in Mio. €



Ablauf des geschlechtersensiblen Beteiligungshaushalts Freiburg 2009/2010

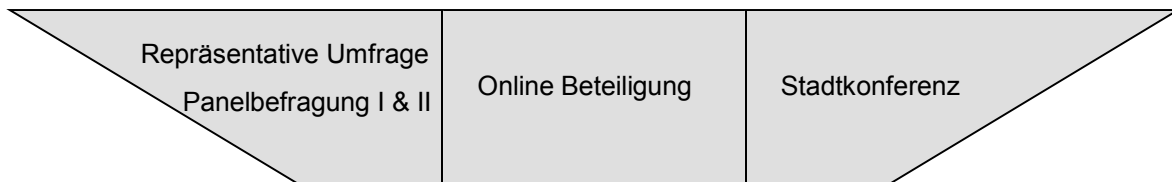
Information



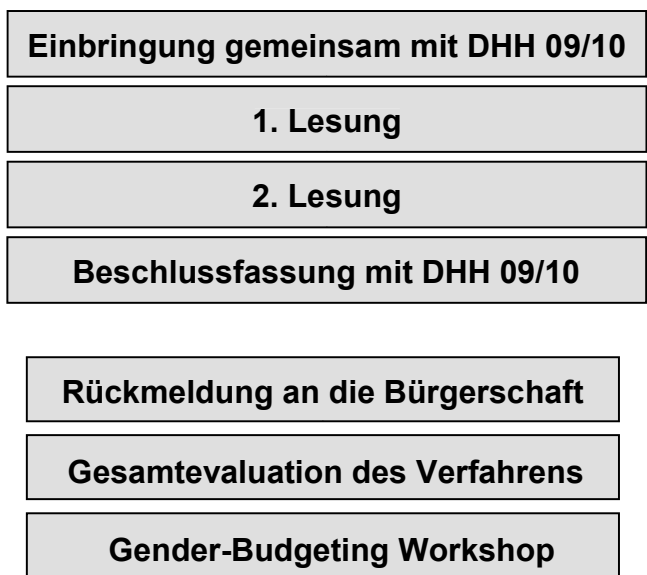
Diskussion

Baustein 1	Baustein 2	Baustein 3
Repräsentative Umfrage 2.575 Fragebögen (47% Ausschöpfungsquote) 704 Personen für weitere Befragungen (Internet/ Telefon) <u>Frage nach:</u> • Mehr ausgeben • Weniger ausgeben • Unverändert belassen	Online Beteiligung 6-wöchige Laufzeit 1.861 NutzerInnen 1.300 Haushalte ca. 1000 Begründungen <u>Aufgabenstellung:</u> Haushaltsneutrale Gewichtung der Haushaltsposten Diskussion in Foren	Stadtkonferenz 1,5 tägige Diskussion 209 Teilnehmende <u>Diskussion um:</u> Ziele der Stadt Gender Budgeting Gewichtung der Haushaltsposten: • Mehr ausgeben • Weniger ausgeben • Anders ausgeben
Panelbefragung I & II Telefonische Umfrage zur Evaluation		
Jugendbeteiligung (JiHa)		

Beratung



Rückmeldung



Eckwerteberechnung Doppelhaushalt 2009/2010

	2009 in Tausend Euro	2010 in Tausend Euro
Volumen Verwaltungshaushalt	707.300	716.620
Volumen Vermögenshaushalt	113.600	117.920
Zuführung an den Vermögenshaushalt	59.059	62.458
Mindestzuführung	10.803	10.926
Ersatzdeckungsmittel	0	0
Tilgungen (einschl. Sondertilgungen)	20.200	20.200
Kreditaufnahme	0	0
Nettoinvestitionsrate	45.647	49.754

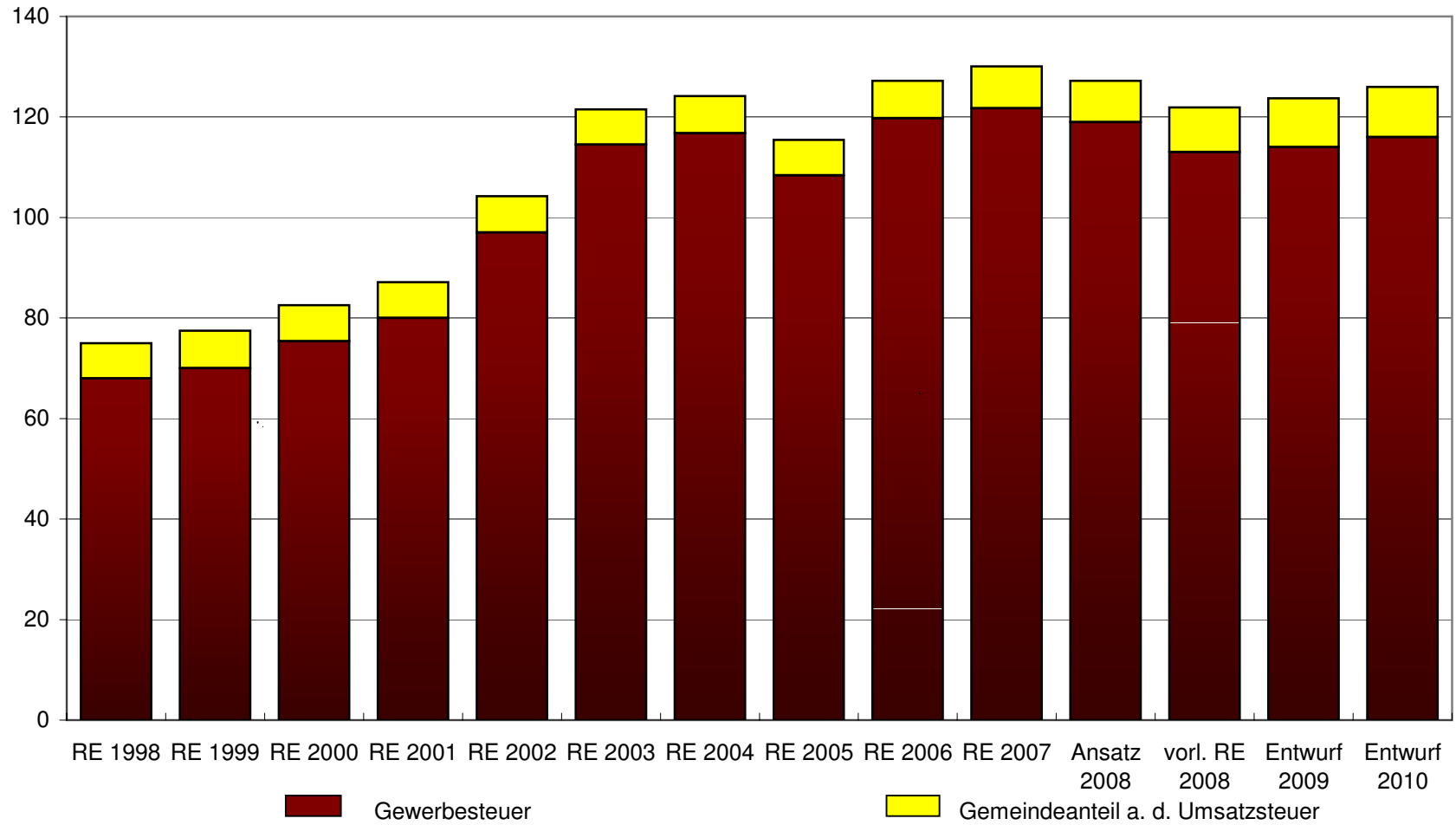
Entwicklung der Eckwerte des Haushaltes

	2002 Rechnungs- ergebnis	2003 Rechnungs- ergebnis	2004 Rechnungs- ergebnis	2005 Rechnungs- ergebnis	2006 Rechnungs- ergebnis	2007 Rechnungs- ergebnis	2008 Ansatz	2009 Entwurf	2010 Entwurf
Verwaltungshaushalt									
Bruttovolumen	487.465	519.444	523.883	553.265	573.517	652.897	614.030	707.300	716.620
Nettovolumen	451.077	469.109	486.593	508.337	508.641	507.247	509.678	537.538	543.945
Fehlbetrag zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes	0	0	11.556	24.449	0	0	0	0	0
Allgemeine Zuführung	6.483	14.879	0	0	19.051	51.757	23.610	56.450	60.680
Ersatzdeckungsmittel	1.761	0	20.972	34.278	0	0	0	0	0
Vermögenshaushalt									
Bruttovolumen	92.994	73.353	63.182	104.075	108.496	143.028	93.650	113.600	117.920
Nettovolumen	72.955	37.494	57.571	72.817	63.156	76.432	60.720	85.223	87.575
Anteil Investitionsausgaben	64.479	28.335	36.124	37.751	52.057	60.514	47.959	62.828	64.834
Gesamthaushalt									
Bruttovolumen	580.459	592.797	587.065	657.340	682.013	795.925	707.680	820.900	834.540
Nettokreditaufnahme	0	6.855	0	3.951	2.420	0	0	0	0
Nettovolumen	524.032	506.603	544.164	581.154	571.797	583.679	570.398	622.761	631.520

Entwicklung wichtiger Steuern und des Finanzausgleichs in Tausend Euro

	RE 2002	RE 2003	RE 2004	RE 2005	RE 2006	RE 2007	Ansatz 2008	Entwurf 2009	Entwurf 2010
Finanzausgleich	104.122	97.819	88.327	87.423	105.918	131.085	117.770	162.860	168.300
Gewerbsteuer (brutto)	97.009	114.481	116.795	108.367	119.734	121.738	119.000	114.000	116.000
Gewerbsteuerumlage	21.582	34.816	22.283	24.611	22.395	23.381	21.718	19.095	20.300
Gewerbsteuer (netto)	75.427	79.665	94.512	83.756	97.339	98.357	97.282	94.905	95.700
Grundsteuer	33.766	34.399	34.959	35.451	36.341	43.758	44.532	44.574	44.674
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	59.138	56.886	54.015	53.588	59.636	66.856	63.980	77.830	80.900
Grunderwerbsteuer	9.509	12.194	11.637	11.933	14.585	16.242	14.000	14.000	14.000
Summe (brutto)	303.544	315.779	305.732	296.762	336.214	379.679	359.282	413.264	423.874

Entwicklung der Gewerbesteuer in Freiburg i. Br. (in Mio. Euro)



Vergleich der Gewerbesteuer in Stadtkreisen

Stadtkreise	Haushaltsansatz 2007 in Euro	Rechnungs ergebnis 2007	mehr / weniger in %	Einwohner/- innen	Gewerbesteuer je Einwohner/-innen
Stuttgart	534.000.000	719.100.000	34,66%	597.176	1.204,17
Mannheim	224.000.000	341.000.000	52,23%	309.795	1.100,73
Karlsruhe	255.000.000	252.900.000	-0,82%	288.917	875,34
Freiburg	118.000.000	121.700.000	3,14%	219.430	554,62
Heidelberg	56.000.000	61.600.000	10,00%	145.311	423,92
Heilbronn	71.000.000	98.800.000	39,15%	121.627	812,32
Ulm	122.000.000	124.000.000	1,64%	121.434	1.021,13
Pforzheim	53.100.000	63.100.000	18,83%	119.423	528,37
Baden-Baden	28.500.000	37.100.000	30,18%	54.853	676,35

Wichtige Investitionen (ohne Schulen) in Euro

Maßnahme	Haushaltsansatz 2010			Haushaltsansatz 2009		
	Ausgaben	Zuschüsse	Netto	Ausgaben	Zuschüsse	Netto
Sanierung Dreisamhalle Ebnet	500.000	0	500.000	400.000	0	400.000
Sanitär- und Heizungssanierung im Innenstadtrathaus	300.000	0	300.000	300.000	0	300.000
Zentrale EDV-Ausstattung und IT-Infrastruktur	500.000	0	500.000	500.000	0	500.000
Neubau Gerätehaus und Erweiterung Feuerwache mit Leitstelle	7.296.000	280.000	7.016.000	5.000.000	550.000	4.450.000
Ersatzbeschaffung Feuerwehrfahrzeuge und -geräte	1.307.500	281.400	1.026.100	1.288.000	264.370	1.023.630
Gesamtsanierung Augustinermuseum	1.300.000	431.300	868.700	500.000	1.000.000	-500.000
Investitionszuschüsse für Pflegeheime	770.000	0	770.000	1.195.260	0	1.195.260
Energiesparpauschale	1.200.000	0	1.200.000	1.200.000	0	1.200.000
Brandschutzpauschale	2.600.000	0	2.600.000	2.600.000	0	2.600.000
Sanierungsmaßnahme "Weingarten-West"	1.388.000	0	1.388.000	744.000	0	744.000
Sanierung Westrandstraße	650.000	0	650.000	600.000	0	600.000
Umgestaltung und Sanierung Schwarzwaldstraße	700.000	0	700.000	20.000	0	20.000
Trog- / Fahrbahnsanierung B 31a	0	0	0	600.000	0	600.000
Sanierung Berliner Allee zwischen Sundgauallee und Elsässer Straße	200.000	0	200.000	840.000	500.000	340.000
Sanierung Stühlinger Brücke	500.000	0	500.000	500.000	0	500.000
Sanierung Wiwilibrücke	0	0	0	1.300.000	500.000	800.000
Sanierung Sundgaubrücke	1.000.000	0	1.000.000	100.000	0	100.000
Pauschalbetrag für Straßenerneuerung	2.000.000	0	2.000.000	2.000.000	0	2.000.000
Pauschalbetrag für Brückensanierung	1.000.000	0	1.000.000	1.400.000	0	1.400.000
Planung Stadttunnel (Vorfinanzierung)	1.000.000	0	1.000.000	1.000.000	0	1.000.000
Vierstreifiger Ausbau Heinrich-von-Stephan-Straße	3.500.000	1.500.000	2.000.000	2.000.000	1.000.000	1.000.000
Kappler- / Kirchzartener Straße	0	0	0	515.000	450.000	65.000
Sanierung Straßenbeleuchtung	650.000	0	650.000	650.000	0	650.000
Investitionszuschüsse für Breisgau-S-Bahn	2.002.000	0	2.002.000	1.819.000	0	1.819.000

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben
- Doppelhaushalt 2009/10 -

Haushaltsstelle			Bezeichnung des Vorhabens	Verpfl. Ermächtigung	davon kassenwirksam	
					2011	2012
2	1310.940000	911	Neubau Gerätehaus u. Erw. Hauptfeuerwache	2.000.000	2.000.000	
2	1310.935000	999	Fahrzeugbeschaffung für Feuerwehr	200.000	200.000	
2	2300.942000	504	Sanierung Rotteck-Gymnasium einschl. Turnhalle	2.500.000	2.500.000	
2	2300.942000	505	Sanierung Theodor-Heuss-Gymnasium	3.000.000	3.000.000	
2	2300.942000	507	Sanierung Wentzinger- Schulen	5.000.000	5.000.000	
2	2461.942000	501	Sanierung Merianschule	1.000.000	1.000.000	
2	3211.941000	501	Sanierung Augustinermuseum	2.000.000	2.000.000	
2	4311.988012	988	Ersatzneubau Kartaus/Haus Katharina EGG	385.600	385.600	
2	4311.988013	988	Ersatzneubau Emi-Seeh-Heim	560.200	280.100	280.100
2	5500.988200	999	Sanierung Hallenbad FT	500.000	250.000	250.000
2	6010.942100	950	Pauschale für Energiesparmaßnahmen	200.000	200.000	
2	6010.942400	950	Pauschale für Brandschutzmaßnahmen	300.000	300.000	
2	6300.950200	500	Pauschalbetrag f. Wohn-, Industrie- u. Gewerbegeb.	100.000	100.000	
2	6300.950200	525	Umgestaltung Rotteckring	250.000	250.000	
2	6300.953200	547	Sanierung Sundgaubrücke	1.000.000	1.000.000	
2	6300.950200	982	Pauschalbetrag für Radverkehrsanlagen	100.000	100.000	
2	6300.950200	984	Pauschalbetrag für Straßenerneuerung	500.000	500.000	
2	6300.953200	986	Pauschalbetrag für Ingenieurbauwerke	200.000	200.000	
2	6600.950200	509	Planung Stadttunnel (Vorfinanzierung)	500.000	500.000	
2	6600.950200	511	B 3 / Karlsruher Str. mit Anschl. Güterbahngelände	150.000	150.000	
2	6600.950200	513	Heinrich-von-Stephan-Straße	2.000.000	2.000.000	
			Summe:	22.445.800	21.915.700	530.100

Doppelhaushalt 2009/2010 - Kultur

Entwicklung Kultur von 2000 bis 2010

Einzelplan 3 ohne die Unterabschnitte:

UA 3330 - Musikschule
 UA 3500 - Volkshochschule
 UA 3520 - Stadtbibliothek
 UA 3551 - Planetarium
 UA 3650 - Denkmalpflege)

VwH	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Einnahmen	12.957.204	12.902.972	11.590.435	12.861.135	11.506.515	9.016.414	1.051.953	505.768	570.330	491.610	616.210
Ausgaben	36.127.943	35.609.469	35.918.290	36.105.884	34.757.344	33.724.048	26.033.082	26.430.541	25.982.880	27.418.000	27.391.830
Zuschussbedarf	23.170.740	22.706.497	24.327.855	23.244.749	23.250.829	24.707.634	24.981.129	25.924.773	25.412.550	26.926.390	26.775.620
<u>nachrichtlich:</u>											
Theater Freiburg											
Einnahmen	10.271.314	10.410.595	10.492.852	10.467.725	10.497.984	8.077.225	-2.483	-28.878	0	0	0
Ausgaben	23.945.331	22.991.935	23.951.878	24.023.814	24.189.361	22.694.989	14.537.041	14.366.629	13.931.070	14.175.070	14.309.200
Zuschussbedarf	13.674.017	12.581.340	13.459.026	13.556.089	13.691.377	14.617.764	14.539.523	14.395.507	13.931.070	14.175.070	14.309.200

VmH	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Einnahmen	4.954.363	179.000	72.436	23.179	38.239	757.032	709.668	1.448.103	1.500.000	1.043.900	431.300
Ausgaben	1.979.194	1.076.181	1.773.479	769.754	1.449.039	785.216	2.191.147	4.720.117	4.880.000	1.916.680	2.525.680
Zuschussbedarf	-2.975.169	897.181	1.701.043	746.575	1.410.800	28.184	1.481.479	3.272.014	3.380.000	872.780	2.094.380
<u>nachrichtlich:</u>											
Theater Freiburg											
Einnahmen	4.090.335	2.205	3.080	1.216	0	0	0	0	0	0	0
Ausgaben	219.462	423.471	716.728	187.028	71.493	40.868	767	0	0	653.780	653.780
Zuschussbedarf	-3.870.873	421.267	713.648	185.813	71.493	40.868	767	0	0	653.780	653.780

Reinaufwand im Sozialbereich von 2000 - 2010

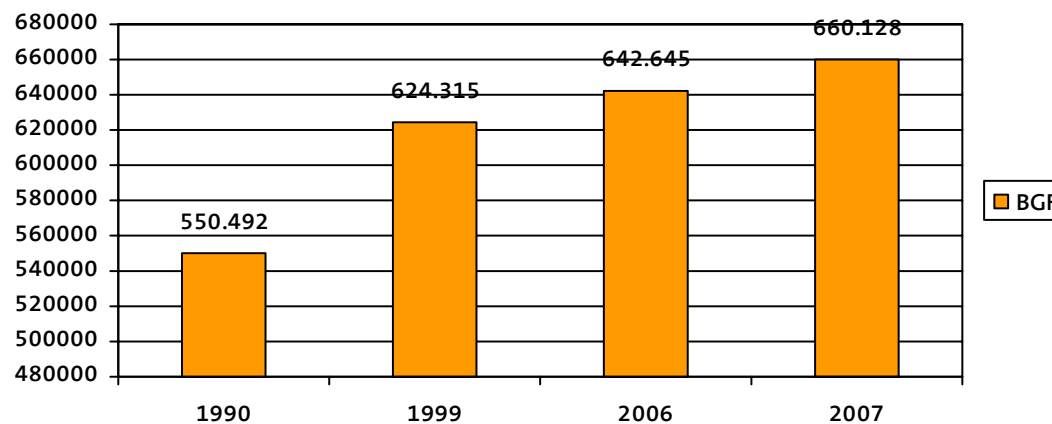
Jahr	Sozialhilfe SGB XII	LWB/KVJS Umlage	Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung	Kosten der Unterkunft SGB II	Kinder- und Jugendhilfe SGB VIII	
2000	36.304.570	18.660.056			12.615.927	67.580.553
2001	34.406.504	18.418.766			13.341.708	66.166.978
2002	33.469.159	21.985.325			15.442.167	70.896.651
2003	31.430.007	24.269.573	3.375.113		16.218.029	75.292.722
2004	32.266.965	28.289.678	5.524.688		18.596.869	84.678.200
2005	34.108.701	2.510.345	11.098.701	22.533.204	18.962.028	89.212.979
2006	31.281.423	2.130.920	12.352.863	23.912.688	18.502.858	88.180.752
2007	31.105.715	1.886.293	13.980.114	22.363.016	19.303.594	88.638.732
2008 Ansatz	35.127.780	1.030.000	13.722.000	21.500.960	19.787.600	91.168.340
2009 Entwurf	31.765.950	890.000	14.486.480	23.131.920	20.629.720	90.904.070
2010 Entwurf	32.714.050	920.000	14.963.300	23.124.210	20.656.470	92.378.030

Quelle: Sozial- und Jugendamt, Stand: Juli 2008

Steigerung der Energiekosten

Energieart	2007 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro	Steigerung in Mio Euro	Steigerung in %
Gas	2,05	3,12	1,07	52%
Fernwärme	1,17	1,73	0,56	48%
Strom	2,15	3,09	0,94	44%
Summe	5,37	7,94	2,57	48%

Steigerung der Gebäudefläche (Bruttogeschossfläche)



Umsatzerlöse bei einzelnen städtischen Gesellschaften (in Tausend Euro)*

städtische Gesellschaft	2007 RE	2008 Plan	2009 Plan	2010 Plan
Stadtwerke-Konzern	67.413	68.047	69.808	71.332
Stadtwerke GmbH	2.601	2.331	2.301	2.324
BreisNet	5.412	5.583	6.307	6.850
Freiburger Verkehrs-AG	45.221	46.292	47.218	47.916
Flugplatz Freiburg-Breisgau GmbH	344	290	305	310
Abwasser Freiburg GmbH	12.450	12.263	12.389	12.518
Stadtwerke Freiburg Bäder GmbH	1.385	1.288	1.288	1.414
Freiburger Stadtbau-Verbund	73.021	77.824	79.844	83.428
Freiburger Stadtbau GmbH	55.456	60.619	62.574	66.109
Frbg. Kommunalbauten GmbH & Co. KG	12.203	12.102	12.216	12.315
Regio Bäder GmbH	5.362	5.103	5.054	5.004
ASF	28.688	28.705	29.209	29.603
Freiburg Wirtschaft u. Touristik <small>ohne Aufwandsersatz Messebetrieb</small>	4.039	3.942	3.888	3.888
FWT GmbH & Co.KG (ohne Konzerthaus)	2.325	2.290	2.236	2.236
FWT GmbH & Co.KG (Konzerthaus)	1.714	1.652	1.652	1.652
Messe OTG (ehemals NMF OTG; einschl. Messebetrieb)	7.877	9.493	9.874	10.837
FMMI GmbH** (Freiburg Messe und Marketing International)	- - -			
Umsatzerlöse der Gesellschaften	181.038	188.011	192.623	199.088
nachrichtlich: badenova (Stand: 07/2008)	854.585	811.744	820.825	825.820
Zum Vergleich: Gesamthaus- halt (brutto) der Stadt Freiburg	795.925	707.680	820.900	834.540
Quelle: Stadtkämmerei, Stand: August 2008				

* Daten der Jahre 2008 bis 2010 gemäss mittelfristiger Finanzplanung 2008-2012 .

** gemäss Vorgespräch zu AR-Sitzung am 07.07.2008 wird die mittelfristige Finanzplanung erst am 03.12.2008 vorgelegt.

**Ausgaben für Investitionen und Aufwendungen
 für Instandhaltungen bei einzelnen städtischen Gesellschaften (in Tausend Euro)***

Investitionsausgaben in Sachanlagen	2007 RE	2008 Plan	2009 Plan	2010 Plan
Stadtwerke GmbH	12	50	50	50
BreisNet	530	806	726	396
Freiburger Verkehrs-AG (mit regional bedeutsamen SB-Projekten) (davon Zuschüsse)	8.716 (6.540)	9.897 (1.697)	15.855 (4.698)	15.149 (5.190)
Freiburger Stadtbau GmbH	20.723	13.863	17.570	14.815
Freiburger Kommunalbauten GmbH & Co.KG	279	471	838	595
ASF Freiburg	2.247	1.830	1.725	1.755
FWTM GmbH & Co.KG	482	437	382	382
Messe OTG (ehemals Neue Messe OTG)	1.528	2.044	702	30
Summe Investitionsausgaben	34.517	29.398	37.848	33.172
nachrichtlich: badenova AG & Co. KG (Stand: 07/2008)	40.036	40.220	40.722	40.522
Aufwendungen für Instandhaltungen	2007 RE	2008 Plan	2009 Plan	2010 Plan
Freiburger Verkehrs-AG	4.725	4.197	4.316	4.028
Stadtwerke Freiburg Bäder GmbH (Sanierungen)	1.108	2.142	2.210	1.122
Freiburger Stadtbau GmbH	8.305	7.171	8.830	8.834
Freiburger Kommunalbauten GmbH & Co.KG	1.747	846	894	909
Regio Bäder GmbH	753	342	383	387
FWTM GmbH & Co.KG	1.569	552	495	485
Messe OTG (ehemals NMF OTG)	216	60	70	80
ASF Freiburg	2.989	2.310	2.345	2.380
Summe Instandhaltungen	21.412	17.620	19.543	18.225
nachrichtlich: badenova AG & Co. KG (Stand: 07/2008)	18.915	18.821	18.216	18.279
Summe Investitionen und Instandhaltungen	55.929	47.018	57.391	51.397
Vergleich Vermögenshaushalt Anteil Investitionsausgaben	60.514	47.959	62.826	64.833

Quelle: Stadtkämmerei, Stand: August 2008

* Daten gemäss mittelfristiger Finanzplanung 2008-2012